

Sudetenpost



Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich (SÖÖe)

5. Jahrgang

21. Februar 1959

Folge 4

Verhandlungen mit Deutschland abgebrochen **DAS EIS IST GEBROCHEN**

Von Gustav Pütz

Bereitschaft zu einer Beitragsleistung für die deutschen Staatsbürger in Österreich — Nun zeigen sich unsere Freunde

WIEN. Am 7. Februar wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Oesterreichisch-deutsche gemischte Kommission am 6. Februar ihre Verhandlungen beendet hat. Zum Problem der Umsiedler und Vertriebenen hat die deutsche Delegation die Grundzüge eines Lösungsvorschlages vorgelegt, die österreichische Delegation konnte jedoch diesen Vorschlag nicht als Verhandlungsbasis ansehen. Sie hat angeregt, neue Lösungsvorschläge auf einer weiteren Arbeitstagung zu erörtern. Die Forderungen der politisch Verfolgten erklärte die deutsche Seite dem Grunde nach nicht anerkennen zu können. Sie hat daher Verhandlungen darüber abgelehnt. Die österreichische Delegation konnte eine solche Erklärung nicht zur Kenntnis nehmen und hat die nach ihrer Auffassung darin liegende Diskriminierung Oesterreichs gegenüber anderen Staaten zurückgewiesen.

Dazu erwähnte man nichtamtlich: Die Diskriminierung liegt darin, daß Bonn sich bereit erklärt hat, mit den Regierungen von acht ehemaligen Feindstaaten über das Thema der Entschädigung der politisch Verfolgten zu verhandeln, nicht aber mit Oesterreich. Nun hat bestimmt nicht Oesterreich die Leute ins KZ geschickt, sondern die Besetzung der KZ mit Oesterreichern hat begonnen, als die Selbständigkeit Oesterreichs durch die deutsche Okkupation aufgehoben wurde. Die deutsche Ablehnung gründet sich darauf, daß Oesterreich im Staatsvertrag einen Forderungsverzicht gegenüber Deutschland ausgesprochen hätte.

Hinsichtlich der deutschen Staatsbürger in Oesterreich ging das deutsche Angebot dahin, daß Bonn 50 Prozent des erforderlichen Aufwandes zahlen werde. Die deutschen Unterhändler ließen durchblicken, daß sie eventuell einen höheren Beitrag leisten und auch auf die staatenlosen Heimatvertriebenen Rücksicht nehmen werden. Dieses Angebot wurde von österreichischer Seite als unzureichend zurückgewiesen. Denn auch die 270.000 eingebürgerten Volksdeutschen, denen die Alliierten die Einreise nach Deutschland gesperrt haben, säßen heute in Deutschland, sie haben also Anspruch auf einen angemessenen deutschen Beitrag.

Acht Tage später: Bereitschaft zu Konzessionen

Schon eine Woche später, unter dem Eindruck der Kommentare zum Verhandlungs-Mißerfolg, hörte man aus Bonn andere Töne. Inzwischen war nämlich auch in deutschen Zeitungen die Meldung aufgetaucht, Oesterreich werde einen formellen diplomatischen Protest in Bonn einlegen. Von einer drohenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten war mehrfach zu lesen. Einen solchen Protest möchte sich in der derzeitigen internationalen Situation Bonn wohl ersparen, weshalb man hören konnte, die deutsche Bundesrepublik werde hinsichtlich der deutschen Staatsbürger über das ursprüngliche Angebot hinausgehen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß man auf

100 Prozent und noch mehr hinaufgehen werde.

Über diese Pressestimmen hinaus hörte man schon am 12. Februar offiziöse deutsche Einlenkungen: zwar wurden die österreichischen Beschwerden in Bonn offiziell zurückgewiesen, aber zugleich wurde bekanntgegeben, die deutsche Bundesregierung sei jederzeit zu neuen Gesprächen mit Oesterreich bereit.

Aus dem Auswärtigen Amte in Bonn verlautete, die Bundesregierung habe die Wünsche aller Regierungen, die in der Wiedergutmachungsfrage an sie herangetragen worden seien, eingehend geprüft. Sie habe geglaubt, den österreichischen Wünschen in dieser Richtung nicht in gleicher Weise entgegenkommen zu können wie gegenüber anderen Ländern, weil die Verhältnisse in Oesterreich anders lägen. Abgesehen von den Abweichungen in historischer Hinsicht habe die Bundesregierung auch berücksichtigt müssen, daß die österreichische Regierung im Staatsvertrag von 1955 auf alle Forderungen aus der Zeit des sogenannten Anschlusses verzichtet habe. Außerdem seien der österreichischen Regierung erhebliche Werte dadurch zugefallen, daß sie das ganze Vermögen des deutschen Reiches und im großen Umfang auch deutsche Privatvermögen übernommen habe.

Oesterreich hat nicht verzichtet

Zu diesen Feststellungen schrieb die „Wiener Zeitung“, das Organ der Bundesregierung: Wohl ist es richtig, daß Oesterreich im Staatsvertrag auf Forderungen aus der Zeit

der nationalsozialistischen Okkupation verzichtet hat, allein dieser Verzicht bezieht sich lediglich auf Personen, die am 8. Mai 1945 österreichische Staatsbürger gewesen sind, nicht aber auf Personen, die zu diesem Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besessen haben. Ebenso wenig auf österreichische Staatsbürger, die zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Gebietes Oesterreichs oder des Deutschen Reiches gehabt haben. Der Verzicht kann sich also nicht auf die Vertriebenen und auch nicht auf die politischen Emigranten beziehen.

Im übrigen, so fährt die „Wiener Zeitung“ fort, hat die deutsche Seite wiederholt zu erkennen gegeben, daß die Anwendung des Forderungsverzichts hinsichtlich der Vertriebenen und politisch Verfolgten mit Rücksicht auf die Natur dieser Ansprüche und unter Berücksichtigung der in der Bundesrepublik selbst getroffenen Regelungen nicht stichhältig wäre. Weiter muß festgehalten werden, daß das weitgehende Entgegenkommen, das Oesterreich im Vermögensvertrag gegenüber Deutschland zeigte, ein Pendant rechtfertigt. Die Bemerkung Bonns, der österreichischen Bundesregierung seien erhebliche Werte zugefallen, ist insofern deplaciert, als Oesterreich 1945 bekanntlich das Deutsche Eigentum als Trümmer übernahm und mit österreichischen Arbeitskräften und mit ausländischer Hilfe wieder zu echten Werten umwandelte. Bonn ist es offenbar auch nicht bekannt, daß der Staatsvertrag sehr empfindliche Belastungen für Oesterreich gerade aus dem Titel „Deutsches Eigentum“ gebracht hat.

Staatssekretär Kreisky: Verfehlte Argumentation

Der deutschen Argumentation tritt der Staatssekretär des Außenministeriums Doktor Kreisky persönlich in einem Artikel in der „Wiener Zeitung“ entgegen. Der Staatssekretär erinnert an folgende Tatsachen:

1. Nicht Deutschland wurde an Oesterreich, sondern Oesterreich an Deutschland angeschlossen.
2. Das österreichische Volk hat die Ereignisse im Großdeutschen Reich nicht verschuldet.
3. Oesterreich ist durch ein militärisches Ultimatum ein Teil Deutschlands geworden.
4. Abstimmungen und Wahlen unter einer Diktatur als Beweis für die echte Stimmung der Bevölkerung heranzuziehen, ist eine sehr riskante Methode, die gerade heute von deutscher Seite nicht angewendet werden sollte.
5. 1938 sind Oesterreich gewaltige Werte entzogen worden, u. a. die Devisen- und Clearing Guthaben der Nationalbank, die größer waren als jene der Deutschen Reichsbank.
6. Grundsätze, wie sie die Nürnberger Gesetze gebracht haben, hatten bis dahin in Oesterreich keine Geltung.
7. Die Bevölkerungsbewegungen während des Krieges sind auf Anordnung der deutschen Reichsregierung erfolgt.
8. Oesterreich war bei der Rückstellung des

sogenannten kleinen deutschen Vermögens sehr großzügig, um die kleinen Privateigentümer nicht zu Opfern der Weltgeschichte zu machen und um die Ressentiments aus der Welt zu schaffen. Oesterreich hat auf Zehntausende von Forderungen gegen Deutschland verzichtet.

9. Der Wert des verbliebenen Deutschen Eigentums ist viel kleiner als das, was Oesterreich 1938 verloren hat. Das Argument, daß sich Oesterreich an dem Deutschen Eigentum schadlos halten kann, ist daher nicht ernst zu nehmen.

10. Zur Errichtung der Betriebe, die aus Deutschem Eigentum stammen, sind sehr erhebliche österreichische Steuergelder herangezogen worden.

11. Oesterreich hat für dieses Deutsche Eigentum jährlich eine Milliarde Schilling zu zahlen.

Abschließend schreibt Dr. Kreisky: „Es hat keinen Sinn, wieder mit einer verfehlten Argumentation zu beginnen. Wir hatten gehofft, daß ein dicker Strich unter die Vergangenheit gezogen wird. Das Klügste wäre, den Unterhändlern neue Instruktionen zu geben und sie sobald wie möglich zu neuen Verhandlungen zusammenkommen zu lassen. Das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland soll jedenfalls nicht getrübt werden.“

Eine sonderbare Einstellung des „Bundes deutscher Vertriebenen“

BvD nimmt gegen die Volksdeutschen Stellung

Überaus merkwürdig muß die Vertriebenen und Umsiedler in Oesterreich die Haltung berühren, die ein Artikel des Informationsdienstes des Bundes der Vertriebenen Deutschen, „Vertriebenen-Korrespondenz“, einnahm. Der Artikel erschien noch während des Laufes der Wiener Verhandlungen und nimmt in einer für uns unverständlichen Weise gerade jene Ressentiments zu Hilfe, die der österreichisch-deutsche Vermögensvertrag dank der großzügigen Einstellung Oesterreichs hätte beseitigen sollen. In dem Artikel kann man erstaunlicherweise folgendes lesen:

„Man wird davon ausgehen haben, daß Oesterreich als ein Nachfolgestaat des Deutschen Reiches (!) für seine Bürger die Kriegsforderungen tragen müsse. Die acht österreichischen Bundesländer (acht „Alpen- und Donau-Reichsgaue“) haben nicht mehr und nicht weniger den Krieg gegen die Sowjetunion geführt als die zehn westdeutschen Länder; sie haben nicht mehr und nicht weniger Verantwortung für seinen Ausbruch (!), für seinen Verlust und die damit

verbundene Austreibung der Deutschen (!).

Die acht österreichischen Bundesländer haben daher moralisch die Pflicht, in gleichem, prozentualen Ausmaß Vertriebene aufzunehmen wie die anderen Rechtsnachfolge-Gebiete des Reiches. Bei rund 7 Millionen Einwohnern ist Oesterreich nur mit rund 5 Prozent Vertriebenen belegt. Das ist wesentlich weniger als der Prozentsatz im Vier-Zonen-Deutschland. Wiese Oesterreich einen höheren Anteil auf, so hätte es einen moralischen Anspruch auf einen „Finanzausgleich“. (Da es umgekehrt ist, soll wohl Oesterreich etwas nach Deutschland zahlen? Die SP!)

„Ein gewisses Solidaritätsverhältnis zwischen den von Oesterreich nicht bedachten Vertriebenen und den in der Bundesrepublik wohnenden Vertriebenen kann von den ersten gefordert werden und wird von den zweiten anerkannt. An sich müßte natürlich Vier-Zonen-Deutschland für die 60.000 Vertriebenen einstehen Da dies nicht möglich ist, muß treuhänderisch die Bundesrepublik dies tun; denn es hat sich stillschweigend im Völk-

kerleben und weitgehend auch rechtlich in der Bundesrepublik durchgesetzt, daß für alle deutschen Verpflichtungen in der freien Welt die Bundesrepublik treuhänderisch an des Reiches Stelle handelt, während in der unfreien Welt die Pankower Regierung diese Funktionen ausübt. Man wird auch den nicht-vertriebenen Westdeutschen klarmachen können, daß in gewissem Ausmaß die Bundesrepublik für die 60.000 in Oesterreich wohnenden Vertriebenen ohne österreichische Staatsangehörigkeit Mittel aufwenden muß. Tut es die Bundesrepublik nämlich nicht, so muß sie damit rechnen, daß ein großer Teil dieser Personen sich die deutsche Staatsbürgerschaft verleihen läßt und in die Bundesrepublik umzieht. Dann hat die Bundesrepublik zusätzlich die Finanzlast des Wohnungsbaus und der Arbeitsplatzbeschaffung für diese Personen, gegebenenfalls auch die der Fürsorgeleistungen.

Das grundsätzliche Anerkenntnis, für die staatenlosen 60.000 Vertriebenen finanziell einstehen zu sollen, bedeutet nicht, daß die (Fortsetzung auf Seite 2)

Mit einem noch geringeren als dem erwarteten Erfolg, nämlich mit gar keinem, sind die zweiten deutsch-österreichischen Verhandlungen abgebrochen worden. Die deutsche Delegation erklärte sich weder bereit, den Volksdeutschen in Oesterreich einen Anteil am Lastenausgleich einzuräumen noch die politisch Verfolgten in Oesterreich in der gleichen Weise zu behandeln wie die in aller übrigen Welt. Darüber hat sie Verhandlungen überhaupt abgelehnt. Nur jenen deutschen Staatsbürgern, die in Oesterreich leben und um deren Betreuung die Deutsche Bundesrepublik wirklich nicht herumkann, sollen etwas bekommen. Was, das haben die deutschen Delegierten zahlenmäßig nicht bestimmt. Sie würden sich aber, haben sie durchblicken lassen, mit 50 Prozent an den Kosten einer österreichischen Lösung beteiligen.

Wenn wir trotz dieses Mißerfolges unserem Artikel die Überschrift geben „Das Eis ist gebrochen“, so gründen wir diese Ueberzeugung auf das Echo, das dem Abbruche der Verhandlungen folgte. Dieses Echo kann nämlich Deutschland nicht aushalten. Der rechtliche Boden, auf den sich die Bundesrepublik zurückziehen wollte, ist derart schlüpfrig, daß sie darauf ausrutschen mußte. Mit der totalen Ablehnung der Entschädigung politischer Opfer hat sich die Bundesrepublik übernommen. Diesen Standpunkt kann sie international nicht durchsetzen. Und damit wird in breiter Front die Frage aufgerollt, ob die deutsche Bundesregierung für die Schäden haftbar ist, die von der deutschen Reichsregierung in die Welt gesetzt worden sind. Sie hat sich in nicht wenigen Beispielfällen zu dieser Verantwortung schon bekannt, sie kann nicht ausgerechnet bei Oesterreich aus dieser Klemme heraus. Das würde ihr nicht nur Oesterreich nicht abnehmen, sondern auch die ganze andere Welt nicht.

Das Eis ist auch gebrochen in der Hinsicht, daß nunmehr die Anliegen der Vertriebenen und Umsiedler auch auf breiter publizistischer Basis in Oesterreich untermauert werden. Worüber wir uns bisher beklagen mußten: das mangelnde Interesse der österreichischen Öffentlichkeit, das hat mit einem Schläge aufgehört. Wir lesen in den größten österreichischen Zeitungen Artikel über uns und unsere Forderungen — und wir lesen durchaus positive Stellungnahmen. Das verdanken wir den deutschen* Delegierten, die jenen einen Schritt zuviel gemacht haben, den man bei Verhandlungen niemals machen darf.

Sofort hat denn auch das laute Presse-Echo seine Wirkung gehabt. Auch deutsche Zeitungen haben aufgezeigt, daß es bei dem bisherigen Verhandlungsergebnis nicht bleiben kann. In Bonn selbst beginnt man einzusehen, daß der Abbruch der Verhandlungen keine kluge Taktik gewesen ist und man läßt bereits hören, daß man innerhalb des ersten Halbjahres 1959 doch noch einmal die Verhandlungen aufnehmen möchte. Daß bei diesen Verhandlungen das sogenannte Ordnungsprinzip, an das sich die DBR auch in der Frage der politisch Verfolgten klammerte, zu Fall gebracht werden muß und wird, kann außer Zweifel gestellt werden. Eine stattliche Reihe bisheriger deutscher Maßnahmen auf dem Gebiete des Vertriebenenwesens steht diesem „Prinzip“ entgegen. Die ganze deutsche Staatsbürgerschaftsbereinigung ging nicht auf das Ordnungsprinzip zurück, sondern auf die rechtliche Tatsache der Einbürgerung von Millionen Deutschen durch die Sammeleinbürgerungen, auf die Einziehung von Volksdeutschen in die deutsche Wehrmacht. Mit welchem Rechte könnte man jetzt sagen: Wo du wohnst, bist du daheim?

Es ist häufig so: wenn man die Paragraphenstandpunkte überspannt, dann bricht das System des geschriebenen Rechtes zusammen und man muß auf dem Naturrecht, auf dem natürlichen Rechtsbewußtsein wieder aufbauen, um zu einer gerech-

ten Lösung zu kommen. Der Weg zurück zum natürlichen Rechte will nunmehr bestritten werden, nachdem die Paragraphenrechte in eine Sackgasse geraten sind.

Wir sehen auf dem Wege zur endgültigen Lösung derzeit nur eine Gefahr: das ist die Haltung der Vertriebenenverbände in Deutschland. Sie erinnert uns an jenen österreichischen Parlamentarier, der im Jahre 1946 dem Nationalrat vorgerechnet hat, um wieviel besser die Oesterreicher leben könnten, wenn ihnen die Zugewanderten nicht die Kalorien wegäßen. Es ist beschämend, wenn die Vertriebenenkorrespondenz in Deutschland jetzt sich gegen eine Lösung für die Vertriebenen in Oesterreich mit der Begründung wendet, sie könne auf Kosten der Vertriebenen in Deutschland gehen. Diesen Krämerstandpunkt bei den Schicksalsgenossen in Deutschland auszumerken, wird eine Aufgabe der landsmannschaftlichen Verbände in Oesterreich sein, die mit größter Entschiedenheit verfolgt werden muß.

In Anbetracht der Wichtigkeit der seit dem Abbruch der Verhandlungen entstandenen Entwicklung unterrichten wir unsere Leser an anderer Stelle in breiter Form, was man seit dem 4. Februar gehört hat.

4. März 1919: Vorspiel zur Tragödie

Vor 40 Jahren war es! Die alte Monarchie war zerschlagen worden. Nach einem unsagbar heldenmütigen Kampfe war die große Schweigerin, die herrliche, oft und oft totgesagte und doch immer wieder weiterkämpfende k. u. k. Armee auseinandergebrochen, ausgehöhlt durch tückische Wühlarbeit.

Zu den besten Soldaten der k. u. k. Wehrmacht gehörten unstreitbar die Sudetendeutschen, ob es nun die „Eiserne 6“ oder die „73er“ aus dem Egerland, die „42er“ und „92er“ aus Nordböhmen, die „Gelben Teufel“ — „99er“ — aus Südmähren waren; die Verluste dieser Truppenteile waren entsprechend der heldenhaften Haltung ihrer Soldaten. Als die überlebenden Sudetendeutschen heimkehrten, fanden sie ihre Heimat von den Tschechen besetzt und mußten — ohne Rückhalt im damaligen Deutschösterreich und im Reich — trotz teilweise aufflackernder Widerstände, sich dem Druck der Stärkeren beugen. Aber sie vertrauten — wie auch andere Stämme des deutschen Volkes — den Versprechungen der großen Demokratien.

Als am 4. März 1919 in Wien das neue Parlament zusammentrat, fanden in allen größeren Orten der deutschen Gebiete des neuen Slawenstaates Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Heimat statt. Auch in Kaaden, dem traulichen Egerstädtchen, strömten an diesem trüben März-

tage die Massen zum Versammlungsort, dem Schützenhaus. Die Versammlung verlief ruhig, die Reden waren würdig und maßvoll. Freude herrschte darüber, daß wagemutige Burschen auf dem Rathausurm die tschechische Trikolore durch eine schwarz-rot-goldene Fahne ersetzt hatten.

Als nach Schluß der Kundgebung die Teilnehmer zurück zum Stadtplatz ziehen wollten, war durch Legionäre nicht nur die Straße abgesperrt, die zum Anmarsch benützt worden war, so daß ein Umweg gemacht werden mußte, auch die schwarz-rot-goldene Fahne war vom Rathausurm verschwunden. Dafür standen im Laubengang des Rathauses tschechische Legionäre als Posten vor dem Tor, und von den Gebäuden der Post und des Hotels Austria drohten MGs. Die Menschenmenge, vermehrt durch Frauen und Kinder, die nicht an der Kundgebung teilgenommen hatten, war vollkommen unbewaffnet und sang nationale Lieder; vor dem Rathaus stauten sich die Leute und riefen — erklärlicher Weise — nicht gerade freundliche Worte zu den tschechischen Posten.

Ein halbwüchsiger warf ein Stück Mörtel auf die Posten — ohne zu treffen —, und einer der Posten, die sicherlich große Angst hatten, schoß in die Luft, das heißt, in die Decke des Laubganges.

In diesem Augenblick begannen die MGs zu rattern, Geller spritzten vom Katzenkopfpflaster, Schreie ertönten, der Platz schien wie reingefegt. Was nicht in die Seitengassen flüchten konnte, hatte sich niedergeworfen, um sich so zu schützen. Besonders um die in der Platzmitte stehende Pestsäule hatten sich viele Schutzsuchende geschart. Das Feuer schwieg! Die Liegenden sprangen auf, wollten flüchten, da setzte zum zweiten Male das Feuer ein und forderte nun besonders viele Opfer!

Die Wirkung war furchtbar! Tote und Sterbende lagen herum, ebenso viele Schwerverletzte! Stöhnen, Schreien, Wimmern erfüllte die Luft!

25 Tote hatte damals Kaaden allein zu beklagen, darunter eine Mutter von 14 Kindern! 58 Sudetendeutsche fielen an diesem Tag in Böhmen und Mähren!

Die Opfer fanden ein gemeinsames, würdiges Grab im Kaadener Friedhof, aber durch viele Jahre verwehrt tschechische Posten am Jahrestag den Besuchern den Zutritt zum Grabe ihrer gemordeten Lieben.

Wieviele Sudetendeutsche starben seit 1919, als der rücksichtslose wirtschaftliche Kampf der Prager Regierung und politische Verfolgungen immer wieder Opfer forderten?

1938 schien die Freiheit gekommen zu sein, die Sinngabe für die Opfer von 1919! Aber es kam das furchtbare Ende!

Und heuer? Vierzig Jahre sind seit dem blutigen Faschingsdienstag 1919 vergangen, vierzig Jahre voll Werden und Vergehen, voll Hoffnungen und Enttäuschungen, voll Freude und Glück, voll Blut und unendlicher Leiden! Leer sind die sudetendeutschen Städte, Märkte und Dörfer! Wo der fleißige Bauer den Pflug führte, wächst Unkraut, wo tüchtige Arbeiter und Handwerker schafften, sind Spinnweben und Rattenester, aus den Fenstern, aus denen liebe, offene Gesichter sudetendeutscher Kinder schauten, blickt das Grauen durch zerbrochene Scheiben. Gepflegte Gottesäcker wurden zerstört, von den Grabsteinen werden die deutschen Inschriften entfernt. Aus einem Paradies der Arbeit ist eine Wüste geworden. Und Orte, die voll emsigem Leben waren, sind nun Übungsplätze für kriegsmäßige Manöver geworden.

Und die Menschen? Diese fleißigen, anständigen, tüchtigen Menschen, die der alten Monarchie, ja der ganzen Menschheit wertvollste Kräfte stellten, sind vertrieben, soweit sie nicht ermordet und irgendwo verscharrt wurden oder heute noch als Zwangsarbeiter in Lagern, in Bergwerken oder bei anderer schwerster, unbezahlter Arbeit dahinsiechen! Sklaven im Jahre 1959! Hunderttausende sind heimatlos, hungern, bangen immer noch um ihre Verwandten, von denen sie keine oder nur böse Nachrichten haben. Und alle tragen die würgende Sehnsucht nach ihrer oft kargen und rauhen, aber so wunderschönen Heimat mit sich!

Walter Klemm

Abbruch der Verhandlungen

(Schluß von Seite 1)

Bundesrepublik der ganzen Aufwand zu tragen sich bereit erklären müßte. Die österreichische Volkswirtschaft nutzt seit Jahren die Arbeitskraft dieser Personen und der österreichische Staatshaushalt bezieht von ihnen Steuern. Es muß also auch von österreichischer Seite ein Interesse an der Wohlfahrt dieser Menschen bestehen. Es wird auszuhandeln sein, ob die Bundesrepublik und Oesterreich je die Hälfte des Aufwandes übernehmen oder eine andere Quote.

Nun kommt die Krämerrechnung

Lastenausgleichsrechtlich ergibt sich eine Vielzahl von Problemen. Das erste lautet: sollen die 60.000 Lastenausgleichsleistungen nach deutschem Recht oder nach österreichischem Recht erhalten. Vom innerösterreichischen Standpunkt ist es schwer erträglich, wenn irgendein Teil seiner Vertriebenen bessere Leistungen erhält als der andere Teil der Vertriebenen oder als die dortigen Kriegssachgeschädigten. Man wird daher den (schlechteren) österreichischen Leistungen das Wort zu reden haben. Das wird die dortigen Vertriebenen allerdings nicht befriedigen. Das Gerechteste wäre natürlich, Oesterreich würde das gleiche Lastenausgleichsrecht in seinem Lande einführen, wie es in der Bundesrepublik gilt. Das ist zwar nicht wahrscheinlich, aber immerhin auch nicht so sehr von der Hand zu weisen. Das Soforthilfengesetz der Bizone ist ein historisches Beispiel für solche Handhabung; denn es wurde — als einziges Gesetz — auch in den Ländern der französischen Besatzungszone eingeführt für den Preis, daß diese Länder ein angemessenes Vertretungsrecht im Kontrollauschuss haben.

Entschließt man sich in Wien jedoch, den 60.000 Lastenausgleichsleistungen nach deutschem Recht zu gewähren, so entstehen für den bundesdeutschen Gesetzgeber einige Ueberlegungen. Man kann nicht den in Oesterreich wohnenden Vertriebenen Leistungen gewähren, hingegen den zwischen dem 1. Jänner 1953 und heute aus Oesterreich in die Bundesrepublik zugewanderten Vertriebenen diese versagen. Wenn man den Oesterreich-Zuwanderern diese Leistungen auch gewährt, kann man sie nicht den in der gleichen Zeit aus der Zone zugewanderten Vertriebenen vorenthalten. Es entsteht weiterhin das Finanzierungsproblem. Sofern die 60.000 in den bundesdeutschen Ausgleichsfonds einbezogen werden, erhebt sich die Frage, ob der Bund oder der Fonds oder wer sonst die Kosten trägt. Die bundesdeutschen Vertriebenen erklären zu dieser Frage mit jeder Entschiedenheit, daß der Fonds nicht die Kosten tragen könne; denn sonst würden die in Westdeutschland wohnenden Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten die Zeche zu bezahlen haben. Der gesamte Aufwand für die 60.000 Personen wird mit zirka 400 Millionen D-Mark geschätzt.

WAS WIRD AUS DEM BHE?

Die Landtagswahlen 1958 in der Bundesrepublik

In unserem Artikel der Ausgabe vom 27. September 1958 stellten wir die Frage: Was wird aus dem GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten)? Diese Frage war und ist schon aus dem Grunde aktuell, da innerhalb des GB/BHE starke Differenzen bestanden, die am 14. Juli 1955 dazu führten, daß unter der Führung von Prof. Dr. Oberländer und Waldemar Kraft acht Bundestagsabgeordnete die CDU-/CSU-Fraktion um Aufnahme baten. Seit dieser Zeit ging der Abbröckelungsprozeß weiter und erreichte einen seiner Höhepunkte anlässlich der Bundestagswahlen am 15. September 1957, wo der Gesamtdeutsche Block/BHE mit seiner Liste auf der Strecke blieb, da er die 5-Prozent-Klausel auf Bundesebene nicht überspringen konnte.

Nordrhein-Westfalen

Nun fanden im verflossenen Jahr 1958 in Nordrhein-Westfalen (6. Juli), in Schleswig-Holstein (28. September), in Bayern und Hessen (23. November) und in Berlin (7. Dezember) Wahlen in die Landtage bzw. in das Berliner Abgeordnetenhaus statt, so daß über die Bundestagswahlen hinaus auch die Lage des Gesamtdeutschen Blocks/BHE in vier Ländern, was die Landtage anbelangt, erfaßt und beurteilt werden kann. Dazu gesellen sich im Hinblick auf die Vertriebenen und Flüchtlinge auch andere Fragen, die soziologisch und volkspolitisch von Interesse sind, allein schon aus dem Grunde, da die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik nunmehr fast 10 Millionen beträgt.

Versuchen wir zunächst die Situation in Nordrhein-Westfalen skizzenartig zu beleuchten. Vorweg ist zu sagen, daß der GB/BHE bei den vorletzten Landtagswahlen (1954) 4,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt (320.676) und bei der jetzigen, d. h. bei denen am 6. Juli 1958, trotz Zusammengehens mit der Deutschen Partei (DP) nur 1,6 Prozent (125.044). Die Hürde der 5-Prozent-Grenze konnte also weder damals noch diesmal genommen werden. Dadurch ist der GB/BHE in Nordrhein-Westfalen im Landtag nicht vertreten gewesen, denn bei den ersten Landtagswahlen im Jahre 1950 trat der GB/BHE noch nicht in Erscheinung. Dabei ist Nordrhein-Westfalen das größte Flüchtlings- und Vertriebenen-Aufnahmeland. Und allgemein wird ausgesagt und bestätigt, daß das Land den Vertriebenen und Flüchtlingen gegenüber außerordentlich entgegenkam.

Schleswig-Holstein — Dänische Minderheit

Die gleiche Entwicklung verdeutlichen die Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein vom 28. September 1958. Hier hat der GB/BHE seinen bisherigen Mandatsstand durch die Wahlen vom 28. September glatt halbieren müssen; stellte er bis dahin zehn Abgeordnete, so zogen nunmehr nur noch fünf in den Landtag ein. Sein Mißerfolg wird insbesondere auf die persönlichen Auseinandersetzungen zurückgeführt, die auch zum Austritt prominenter Persönlichkeiten aus dem Gesamtdeutschen Block/BHE führten. Im übrigen aber setzt sich die nunmehrige Regierungskoalition unter v. Hassel aus der CDU und der FDP zusammen. Die CDU erhielt diesmal 33 Sitze (früher 27) und die FDP 3 (früher 7), während die SPD ihren Mandatsstand von 25 auf 26 erhöhen konnte.

Kennzeichnend für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ist auch der Umstand, daß diesmal der dortigen dänischen Volkspartei Konzessionen in bezug auf die Fünf-Prozent-Klausel gemacht worden sind. Diese Sperrklausel wurde für den Südschleswiger Wählerverband aus verschiedenen Gründen außer Kraft gesetzt. So ist es möglich geworden, daß der SSW mit einem Stimmenvolumen von nur 2,8 Prozent zwei Landtagsabgeordnete stellen kann, während die Deutsche Partei mit dem gleichen Prozentergebnis nicht mehr im Landtag vertreten ist. Hier tauchen natürlich Fragen auf, die nicht ohne weiteres abgetan werden können. Fragen etwa wie die vor der Gleichheit vor dem Grundgesetz, der Rücksichtnahme auf eine anderssprachige Volksgruppe usw. Für alle Fälle aber hat

das Land Schleswig-Holstein bewiesen, daß es im wahrsten Sinne des Wortes minderheidenfreundlich, und aus diesem Grunde zu Opfern bereit ist, eine Maßnahme von grundsätzlicher Bedeutung traf. Die Tatsache, daß der Südschleswische Wählerverband wiederum mit zwei Abgeordneten in den Landtag von Schleswig-Holstein einzieht, löste in Dänemark große Befriedigung aus. Auch in den Kreisen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), des heute führenden Verbandes der noch auf Heimatboden lebenden und nicht vertriebenen europäischen Volksgruppen.

Im übrigen dürfte der Gesamtdeutsche Block/BHE einen sehr weitgehenden Fehler dadurch begangen haben, daß er den ehemaligen SS-General Heinz Reinefarth, zur Zeit beurlaubter Bürgermeister von Westerland/Sylt, als Kandidaten aufstellte. Gegen ihn schwebt eine gerichtliche Untersuchung wegen angeblicher Beteiligung an Grausamkeiten in Polen. Diese Kandidatur löste auch in den eigenen Kreisen Bestürzung aus.

Bayern

In Bayern besteht statt der Fünf-Prozent-, die Zehn-Prozent-Klausel. Jeder der kandidierenden Parteien muß also zumindest in einem Wahlkreis 10 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, um mit Mandatären in den Landtag einzuziehen zu können. Knapp vor dem Wahltermin wurde übrigens gegen die Zehn-Prozent-Klausel seitens des Münchner Stadtrates Dr. Keller beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof Klage eingebracht; er entschied, daß diese Klausel bleibe, sie sei nicht verfassungswidrig!

Das Erstaunliche in den Landtagswahlen in Bayern ist vor allem die Tatsache, daß sich der Gesamtdeutsche Block/BHE gut gehalten hat. Er erhielt 17 Mandate, gegenüber 19 Mandaten im Jahre 1954. Allerdings ging dem GB/BHE ein Mandat verloren, da der auf seiner Liste gewählte Dr. Bruno Sahlinger zur CSU-Fraktion übergang, erklärte er, er sei immer CSU-Mitglied gewesen. Statt aber das Mandat dem GB/BHE zur Verfügung zu stellen und als Abgeordneter zurückzutreten, legte er seine Funktionen in der Bezirksgruppe Niederbayern-Oberpfalz der Sudetendeutschen Landmannschaft nieder. Grund: Die Bezirksvorstandsschaft bezeichnete die Handlungsweise Dr. Sahlinger als eine grobe Täuschung der Wählerschaft. Die Bayern-Partei nahm den Abgeordneten Martin Schweizer wiederum in Gnaden in die Fraktion auf, nachdem er im Vorjahre zur CSU übergetreten war. Der GB/BHE hat einen relativ geringeren Verlust — gegenüber 1954 — erlitten, als etwa die Bayern-Partei oder die Freie Demokratische Partei. Insgesamt verteilen sich die 204 Landtagsitze auf folgende Parteien: CSU 102 (früher 84), SPD 64 (60), GB/BHE 16 (19), BP 14 (25) und FDP 8 (12).

Walter Stain wiederum Minister

Im neuen Kabinett, das wiederum unter der Führung des Ministerpräsidenten Doktor Hanns Seidel (CDU) steht, setzt sich aus der CDU, dem GB/BHE und der FDP zusammen. Der Prager Walter Stain, auch diesmal wiederum der Jüngste unter den Kabinettsmitgliedern — er wird demnächst 42 Jahre alt —, übernahm neuerdings das Arbeitsministerium. (Im letzten Seidel-Ministerium war er auch Stellvertreter des Ministerpräsidenten gewesen.) Der GB/BHE stellt dann noch zwei Staatssekretäre, und zwar den Berliner Dr. Willi Guthsmuths und den Breslauer Erich Simmel. Dr. Guthsmuths amtiert, wie früher, im Wirtschaftsministerium, Simmel, gleichfalls wie früher, im Landwirtschaftsministerium.

Anteil der Heimatvertriebenen

Erfreulich ist der große Anteil der Heimatvertriebenen unter den nunmehr in Bayern gewählten Landtagsabgeordneten. So wurden bei der CDU gewählt: Dr. Karl Schubert, Franz Gaksch, Dr. Friedrich Arnold und Dr. Bruno Sahlinger; bei der SPD: Volkmar Gabert, Ferdinand Drexler, Franz Peter Seifert, Martin Hirsch, Karl Kögelberger, Maria Günzl, Ferdinand Mauler, Dr. Josef Krie-

gisch, Fritz Böhm, Günther Wolff, Otto Fink, Hermann Ospald, Rudolf Machnig, Adolf Härtl, Dr. Franz Zdralek und Anton Falb; beim GB/BHE: Dr. Walter Becher, Dr. Paul Wüllner, Herbert Prochaska, Dr. Willi Reichstein, Karl Klammt, Dr. Herbert Schier, Erich Simmel, Ernst Riediger, Rudolf Gertler, Wenzel Köhler, Johannes Lorenz, Walter Stain, Dr. Willfried Keller, Dr. Paul Sornig, Dr. Jochem Klings und Dr. Willi Guthsmuths. Demnach gehören 4 (von 102) der CSU, 16 (von 64) der SPD und 16 (von 16) dem GB/BHE an. Insgesamt wurden also 36 heimatvertriebene Landtagsabgeordnete am 23. November 1958 in Bayern gewählt.

Hessen

Die Landtagswahlen in Hessen, die am gleichen Tage wie in Bayern stattfanden, waren für den GB/BHE insofern ein Erfolg, als seine Liste 193.974 Stimmen erhielt (7,4 Prozent), gegenüber 192.390 (7,7 Prozent) bei den Landtagswahlen 1954 und gegenüber 151.952 (5,6 Prozent) bei den Bundestagswahlen 1957. Durch diese erfreuliche Tatsache hat der GB/BHE seine Position in Hessen neuerdings gefestigt und stellt wiederum, wie 1954, sieben Landtagsabgeordnete.

Wenn man hier von einem Phänomen sprechen kann, so aus dem Grunde, weil die SPD, die seit acht Jahren dieses „Herzland der Bundesrepublik“ beherrscht, nicht gestürzt wurde, sondern ihre Stellung verbesserte, vor allem gegenüber den Bundestagswahlen 1957. Damals erhielt die CDU 1.116.494 (40,9 Prozent) Stimmen, die SPD nur 1.037.166 (38 Prozent); sie war somit geschlagen. Verständlicherweise ging die CDU ziemlich siegessicher in den Wahlkampf. Das Ergebnis bewies jedoch, daß Bundestags- und Landtagswahlen bei den Wählern verschieden gewertet und beurteilt werden; es erhielten die SPD 1.235.014 (46,9 Prozent) Stimmen, die CDU 843.077 (32 Prozent), die Freie Demokratische Partei — FDP — 250.313 (9,5 Prozent) und der GB/BHE, wie bereits zitiert, 193.974 (7,4 Prozent) Die Deutsche Partei — DP — blieb mit 83.226 Stimmen (3,5 Prozent) auf der Strecke.

Heimatvertriebene Mandatare stellen der GB/BHE 7, die CDU 5 und die SPD 2, insgesamt sind daher im Landtag Hessen 14 heimatvertriebene Abgeordnete. Da die alte Koalition zwischen SPD und GB/BHE erhalten bleibt, haben auch die Staatsminister Gustav Hacker (Egerland) und Gotthard Franke (Weidenau) ihre bisherigen portefeuilles neuerdings übernommen. Dem Kabinett steht wiederum Georg August Zinn (SPD) als Ministerpräsident vor, ein Freund der Vertriebenen, besonders der Sudetendeutschen.

Berlin

Zum Schluß Berlin. Gewählt wurde hier am 7. Dezember 1958. Auch in Berlin, wie in Hessen, hielt sich die SPD, nicht zuletzt dank der profilierten Persönlichkeit eines Willy Brandt, des regierenden Bürgermeisters. Ergebnis der Dezemberwahlen. SPD 849.883 (52,6 Prozent) Stimmen und CDU 608.927 (37,7 Prozent). Die Wahlvorschläge aller anderen Parteien kamen nicht zum Zug. SPD und CDU gehen gemeinsam vor, bilden den Stadtssenat und geben ein Beispiel dafür, was zu tun notwendig ist, wenn Zusammenhalten und gemeinsames Wirken zur Pflicht wurden.

In Berlin kandidierte auch diesmal der Gesamtdeutsche Block/BHE nicht. Hier wie in Nordrhein-Westfalen konnte die Flüchtlingspartei nicht heimisch werden. Daß dagegen für den GB/BHE die Wahlerfolge in Bayern und Hessen ganz respektable waren, wird unter anderem auf den an sich verständlichen Umstand zurückgeführt, daß die landsmannschaftlichen Untergliederungen diese Partei maßgeblich unterstützten. Daran dürfte sich auch fürderhin zunächst kaum etwas ändern. Erst dann, wenn die Geschlechter, die die Vertreibung über sich ergehen lassen mußten, nicht mehr sein werden, ist mit einem vollständigen Einschmelzungsprozeß der Vertriebenen und Flüchtlingen in der Bundesrepublik in die Reihen der sogenannten historischen Parteien zu rechnen. —er.

Deutsche fliegen wieder auf die Straße

Repressalien gegen zurückgehaltene Sudetendeutsche nehmen wieder zu

Prag. Von den seit einiger Zeit laufenden „Säuberungen“ in der tschechoslowakischen Wirtschaft sind zu einem großen Teil auch zurückgehaltene Sudetendeutsche betroffen. In ihren Reihen wurden auch zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Unterricht in deutscher Sprache wurde praktisch fast ganz eingestellt. Das sind einige Tatsachen, die aus übereinstimmenden Berichten von Reisenden und Repatriierten aus der Tschechoslowakei entnommen werden können.

HITZINGER u. CO.
FERNSEHGERÄTE
billiger!
LINZ-VOLKSGARTENSTR. 21

Die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei hat sich in der letzten Zeit auffallend verschlechtert. Diese Hinwendung zum Schlechten begann mit dem am 1. April des Vorjahres einsetzenden „Rationalisierungsmaßnahmen“ im Zuge der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform. Immer mehr stellt sich heute heraus, daß die „Heldenklau“-Methoden des kommunistischen Regimes in Prag weniger wirtschaftlichen als politischen Charakter haben. Die „Säuberungen“ in den Ministerien und Industriebetrieben, die Zusammenlegungen von wirtschaftlichen Betrieben nach branchenmäßigen und regionalen Gesichtspunkten verfolgten in erster Linie den Zweck, politisch unliebsame und den Kommunisten bzw. dem Staatssicherheitsdienst suspekt Personen aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten und sie zu gewöhnlichen Kulis zu erniedrigen.

Diesen Maßnahmen fielen in der letzten Zeit viele Sudetendeutsche zum Opfer, die man während der großen Austreibungswelle als Facharbeiter zurückgehalten hatte. Die „Säuberung“ besteht darin, daß sie fristlos entlassen wurden oder daß man sie von leitenden Posten zu manueller Arbeit degradiert. Die fristlose Entlassung hat zur Folge, daß sie keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Sie sind daher gezwungen, die Stellen von Hilfsarbeitern im Baugeberie, im Kohlenbergbau oder in der Landwirtschaft anzunehmen — durchwegs sehr schlecht bezahlt, aber mit großen körperlichen Anstrengungen verbundene Arbeitsplätze.

Die Gründe für die fristlose Entlassung sind in der Regel „staatliche Unzuverlässigkeit“ und „feindliche Einstellung gegen den Staat“. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß von den „Säuberungen“ hauptsächlich Deutsche betroffen wurden, die entweder Anträge auf Familienzusammenführung mit ihren in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen gestellt haben oder mit diesen Verwandten im Briefverkehr stehen.

Die gegen die Deutschen unternommenen Säuberungsmaßnahmen und ihre Degradierung

zurung zu schlechtbezahlten Kulis hat bewirkt, daß diese ihre Aussiedlung in die Bundesrepublik mit noch stärkerer Intensität zu betreiben versuchen als bisher. Briefe, die über Umwegen eintrafen, lassen die schwere psychische und physische Not erkennen, unter der diese Menschen heute leben.

Stärker noch aber als der wirtschaftliche lastet auf den Deutschen in der Tschechoslowakei der politische Druck. Am Ende des Vorjahres wurden zahlreiche von ihnen entweder verhaftet oder zur Vernehmung den staatlichen Sicherheitsorganen vorgeführt. Auch in diesem Falle handelte es sich zum größten Teil um solche Deutsche, die Anträge auf Familienzusammenführung gestellt hatten. Angeblich ging es bei den Verhaftungen, die größtenteils nur vorübergehender Natur waren, hauptsächlich darum, die „Zuverlässigkeit“ der Betroffenen zu überprüfen. Sie haben dennoch unter der deutschen Bevölkerung alarmierend gewirkt, da man dahinter ähnliche willkürliche Terrormaßnahmen ver-

mutete wie in den Schreckenstagen von 1945/46.

Ein besonders trauriges Kapitel bilden die Schulverhältnisse für die deutschen Kinder. 1954, nach dem Tode Stalins und nach der zwangsweisen Verleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an die zurückgehaltene Sudetendeutsche hatte ihnen das kommunistische Regime den Deutschunterricht an den höheren Klassen der Volksschulen zugestanden unter der Voraussetzung, daß genügend Schüler deutscher Nationalität daran teilnehmen wollen. Der Unterricht wurde von tschechischen Lehrkräften geleitet, die die deutsche Sprache beherrschten. Im vorigen Jahr wurde nun ein großer Teil dieser Lehrkräfte in rein tschechische Orte versetzt, und der Unterricht in deutscher Sprache wurde mit der Begründung eingestellt, es seien nicht genügend Lehrkräfte und Lehrmittel vorhanden. Auch diese Maßnahmen haben unter den Deutschen Empörung und Verbitterung ausgelöst.

Prozeß gegen böhmischen Naturheilkundigen

Drei Jahre Gefängnis und Beschlagnahme des Eigentums

Brandeis. In einem Monsterprozeß wegen „Betrugs und millionenfacher Steuerhinterziehung“ wurde vom Volksgericht in Brandeis a. E. der in der ganzen Tschechoslowakei bekannte Naturheilkundige und „Wunderarzt“ Jan Mikolasek zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Villa, sein Vermögen

Möbel und Klaviere
ALLE JOKA-ERZEUGNISSE
F. Kreuzer's Wtw., Klagenfurt
Kardinalsplatz 1 Telefon 23 60

und die großen Vorräte an Heilkräutern werden vom Staat eingezogen. Fünf Jahre nach Verbüßung der Strafe darf sich Mikolasek nicht mit Heilkräutern befassen. In der Tschechoslowakei lief der Prozeß unter dem Motto „Gegen den Scharlatan und Millionär Mikolasek“. Mikolasek hatte bereits vor dem letzten Krieg als Naturheilkundiger einen guten Ruf und viel Zulauf. Zu größerem Ansehen kam er, als er während des Krieges einen magenkranken hohen deutschen Funktionär zu heilen verstand und dieser ihm „aus Dankbarkeit“ den Bau einer Villa ermöglichte. Während des Prozesses wurde ihm jetzt diese Tatsache als „Kollaboration mit den deutschen Okkupanten“ angekreidet.

Der Zulauf bei Mikolasek begann erst richtig, als das Prager Regime die Tätigkeit von privaten Ärzten immer mehr einschränkte und die Bevölkerung zum „öffentlichen Ge-

sundheitsdienst“ mit seinem „Soll an Kranken“ jedes Zutrauen verlor. Zu Mikolasek kamen täglich 200 und mehr Patienten, und sie kamen aus allen Ländern der Tschechoslowakei. In Prag befaßten sich besonders geschäftstüchtige Leute damit, ihm Patienten „zu verschaffen“ und von diesen „bei Erfolg“ Provisionen zu kassieren. Mikolasek mußte einen ganzen Stab von Angestellten und Wirtschaftsberatern beschäftigen, um den täglichen Postenlauf zu bewältigen und mit den variierenden Steuervorschriften zurechtzukommen. Daß er — nebenbei gesagt — sein Geschäft verstand, geht daraus hervor, daß er die Heilkräuter nicht durch Hilfskräfte sammeln ließ oder sie von Sammlern aufkaufte, sondern vom Staatsunternehmen „Heilkräuter“ in Zbraslav bei Prag und von der auf Heilkräuter spezialisierten Genossenschaft „Zivena“ ganz offiziell und zu den amtlich festgesetzten Preisen bezog. Die beiden staatlichen Stellen machten mit ihm jahrelang Millionengeschäfte, ohne es als gesetzwidrig zu betrachten. Man drehte Mikolasek erst einen Strick, als man feststellte,

Nachrichten aus der Heimat

Asch. Das Ministerium für Bauwesen trägt sich mit dem Plan, in einem leerstehenden Gebäude in Grün eine Gießerei und eine Reparaturwerkstatt für Baumaschinen einzurichten.

Aussig. Nachdem jetzt die Eisenbahnstrecke Aussig—Nimburg elektrifiziert wurde, ist als nächste Strecke die von Aussig über Ullersdorf bei Dux bis Oberleitensdorf-Wiese zur Elektrifizierung vorgesehen. Bis 1965 soll auch die Strecke Aussig—Türnitz—Bilin—Brüx auf elektrischen Betrieb umgestellt werden.

Böhmisch-Trübau. Am 19. Dezember fuhr zum erstenmal ein elektrischer Lastzug mit 7200 t Belastung die 648 km lange Strecke Prag—Böhmisch-Trübau in 24 Stunden. Die Eisenbahner nannten darauf den Zug „Blitz“.

Brünn. Hier wurde kurz vor Weihnachten ein junger Zigeuner wegen Vergewaltigung einer Fünfzehnjährigen zu 18 Monaten verurteilt. Als er abgeführt wurde, fiel der Bruder des Zigeuners über den Wachmann her, entriß ihm seine Dienstpistole und schoß ihn nieder. Die beiden Zigeuner flohen, konnten aber noch am selben Tage festgenommen werden.

Brünn. Hier wird gegenwärtig der Bahnhof umgebaut. Bis zur Messe sollen 6 Bahnsteige mit einer neuen Unterführung fertig sein. Auf dem Ausstellungsgelände wird ein kreisförmiger Pavillon mit 20.000 qm Ausstellungsfläche gebaut. Für die Auslandswerbung ist eine besondere Messezeitung in russischer, deutscher, englischer und französischer Sprache geplant. Die Messe soll vom 6. bis 20. September d. J. stattfinden. Hinter dem Ausstellungsgelände soll in den nächsten 15 Jahren ein großer Kulturpark entstehen. In seinem Mittelpunkt solle eine große Festhalle mit 2500 Sitzplätzen gebaut werden.

Brünn. Ein Todesopfer und mehrere Zehntausende Kronen Schaden verursachte eine Leuchtgasexplosion, die vier Wohnungen zerstörte.

Budweis. Bis 30. Juni 1959 läuft ein Architektenwettbewerb für ein neues Theater, das anlässlich der 700-Jahr-Feier der Stadt 1965 eröffnet werden soll.

Elbogen. Die bisher stillliegenden Porzellanfabriken Epiaj in Elbogen, Schlaggenwälder Porzellanwerke in Schlaggenwald und Bohemia in Chodau sollen unter der Leitung der Karlsbader Porzellanwerke in absehbarer Zeit ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Eger. Mitte Dezember wurde im Stadtmuseum eine Ausstellung über den Wiederaufbau der Altstadt eröffnet. Sorgen bereitet noch das künftige Schicksal des Stöckls. Der ursprüngliche Plan, dort ein Hotel einzubauen, wurde fallengelassen, weil das Stöckl dadurch zu bloßen Kulisse für ein modernes Gebäude würde. Jetzt will man erst einmal einen Wettbewerb ausschreiben, was damit geschehen soll. Mit einem Wiederaufbau ist nicht vor 1961 zu rechnen.

Fulnek. Die Gemeinden Botenwald im früheren Gerichtsbezirk Fulnek und Stauding im früheren Gerichtsbezirk Wagstadt wurden

daß sein Büro die Heilkräuter zu einem erhöhten Preis abgab und an einer Packung im Durchschnitt 15 Kronen verdiente. Auch da gab es zuerst keine Einwände, weil die staatlichen Sammelstellen wenigstens ihre Heilkräuter los wurden, die von der Bevölkerung zwar gesammelt und gegen hohe Prämien abgegeben, aber nicht gekauft wurden.

Im vergangenen Jahr, als das Prager Regime die „Liquidierung“ aller privaten Aerzte und auch der Heilpraktiker beschloß, „entdeckte“ man dann Steuerhinterziehungen und stellte Fälle von Fehldiagnosen fest. Als Steuerhinterziehung wurden für die letzten drei Jahre 832.410 Kronen errechnet. Mikolasek soll Tageseinnahmen von 2000 bis 12.000 Kronen gehabt haben. Daß er ein Auto besaß, fiel erschwerend ins Gewicht.

Steigerung der Uranförderung

Wien. Im Mai vorigen Jahres wurde eine neue Grube für Uranförderung bei Příbram gebaut. Die Grube gehört zu dem Komplex Bytíz mit der Ordnungsnummer 16. Schon zu Beginn zeigte sich die Förderung ziemlich ertragreich, so daß die Leitung von Joachimsthal entschieden hat, die Grube weiter auszuweiten und mit den modernsten technischen Einrichtungen zu versehen. Die Grube 16 entstand eigentlich gegen den Willen der sowjetischen Fachleute, die behaupteten, daß sie unrentabel sein würde, wovon sich aber das Gegenteil erwies. Von der genannten Grube wird während einer achtstündigen Schicht zwischen 620 bis 660 kg aussortiertes Produkt gefördert, wobei man aber bisher nur in drei bis vier Stollen arbeitet.

Bei Příbram wurde eine neue „Radiometrische Sortierstelle“ eingerichtet, wo das geförderte Erz nach der Qualität sortiert wird.

Neuer See bei Prag

Prag. Bei der Regulierung des Botitschbaches, der durch das Nusler-Tal in Prag fließt, wird südöstlich der Stadt oberhalb der Ortschaft Hostivarsch ein Staudamm aus Erde angelegt. Der 110 m lange Staudamm wird einen etwa drei km langen See bilden, der 40 Hektar groß sein wird. Der See soll zu einem Erholungszentrum für 30.000 Menschen ausgebaut werden und eine Reihe von Badeplätzen erhalten. Allerdings wird der Bau des Staudammes rund drei Jahre dauern und mit dem Bau dürfte kaum im nächsten Jahr begonnen werden. Denn es fehlen wie bei vielen Plänen und Vorhaben „für die Freizeitgestaltung der Werktätigen“ die notwendigen Arbeitskräfte. Spätestens im nächsten Jahr wird die Prager Bevölkerung wahrscheinlich aufgefordert werden, den Staudamm in „freiwilliger Brigadearbeit“ zu errichten.

zu einer neuen Stadt zusammengeschlossen. Die Botenwalder Waggonfabrik Tatra hatte sich im Laufe der Jahre über beide Gemeinden ausgedehnt und dadurch die Voraussetzungen geschaffen, sie zu einer Verwaltungseinheit zusammenzufassen.

Hohenfurt. Für die neue Talsperre bei Lippen wurden in Ungarn zwei Fahrgastschiffe gekauft, die im vergangenen Dezember auf dem Landwege über Iglau, Budweis und Kaplitz transportiert wurden. Der Transport dauerte fast einen Monat, da auf dem Wege stellenweise die Straßen verbreitert und sogar Häuser abgerissen werden mußten.

Karlsbad. Der Kreis Karlsbad hat im vergangenen Jahre auf keinem Gebiet die Planziffern für die Viehzucht erfüllt. Die Kreise Karlsbad und Aussig sind in dieser Hinsicht die schlechtesten der ganzen CSR.

Komotau. Die ehemalige Uhrenfabrik soll zu einer Großbäckerei umgebaut werden, die einmal den ganzen Bezirk mit Backwaren versorgen soll.

Marienbad. Die Wohnungsnot wird von den Kommunisten darauf zurückgeführt, daß viele Leute zu große Wohnungen hätten. Auch die vor einiger Zeit eingeführte Mieterhöhung und Sondersteuern für übergroße Wohnungen könnten die Leute nicht dazu bewegen, Wohnraum abzugeben, da sie im Sommer durch Zimmervermietungen an Touristen gut verdienen.

Marienbad. Mit Wirkung vom 1. Jänner wurden im staatlichen Bäderwesen einige Verwaltungsreformen durchgeführt. Die westböhmisches Bäder Konstantinsbad und Königswart unterstehen jetzt der Verwaltung von Marienbad, die nordmährischen Bäder Blauda und Groß-Ullersdorf wurden der Verwaltung von Bad Gräfenberg unterstellt.

Mährisch-Ostrau. Die neue Bergarbeiterstadt Havírov zählt bereits 30.000 Einwohner.

Münichschlag. Aus angeblich strategischen Gründen wurde diese aus dem Jahre 1178 stammende Siedlung in der Nähe von Neubistritz in Südmähren völlig zerstört und eingeebnet.

Oberplan. Die Abfuhr des in der hiesigen Umgebung geschlagenen Holzes bereitet wegen des Personal Mangels große Schwierigkeiten. Allein im Bereich der Militärforste Oberplan liegen 7000 fm Holz zum Abtransport bereit. Man will jetzt Brigadearbeiter einsetzen.

Prag. Das am 14. Februar 1945 zerstörte Emaus-Kloster soll im Laufe dieses Jahres wieder zugänglich sein. Beim Wiederaufbau wurde das Klostergebäude von der Kirche getrennt. Im Kloster soll die Akademie der Wissenschaft ihr Archiv und einige Institute unterbringen.

Prag. Vor Weihnachten durften hier zum erstenmal wieder die Schaufenster bis 23 Uhr beleuchtet werden.

Rumburg. In Nieder-Ehrenberg wurde der Friedhof von den Tschechen eingeebnet. Die Steine der Friedhofsmauer wurden zum Bau von Stallungen verwendet, während mit den Grabsteinen die Mandau reguliert wurde.

Russische Schulreform in der CSR

Werkstudententum wird Pflicht — Auch Mittelschüler müssen arbeiten

Frankfurt. Vor einigen Wochen erklärte der Sekretär der sowjetischen Kommunistischen Partei Chruschtschow bei der Sitzung des Höchsten Sowjet in Moskau den Entschluß der Regierung, die bisherigen Schulgesetze zu ändern. Schon bald darauf konnte man aus Prag dasselbe hören. Soweit man diese Aktion bis jetzt übersehen kann, wird erwogen, die Schuljugend und die studierende Jugend in den Arbeitsprozeß einzureihen, wodurch man billige Arbeitskräfte gewinnen würde. Bisher war die Schuljugend in der Tschechoslowakei in den Ferien und auch sonst oft im Einsatz in sogenannten Arbeitsbrigaden, sehr oft in der Landwirtschaft und an sogenannten Jugendbauten. Nach dem neuen Gesetz soll dieses Brigadentum zum Pflichtunterricht gehören.

Wenn das tschechoslowakische Schulwesen genau dem sowjetischen angeglichen wird, so werden die Veränderungen etwa so aussehen:

Bei **Hochschülern**, die mehr als zehn Semester studieren, werden die ersten sechs Semester nur in Abendkursen durchgeführt, im siebenten und achten Semester werden die Studenten für zwei Tage in der Woche für Vorlesungen an den Universitäten von der Arbeit befreit. Im neunten und zehnten Semester werden die Studenten vier Tage für Vorlesungen frei haben. Erst nach Absolvierung des zehnten Semesters werden die Studenten von jeder produktiven Arbeit befreit. Studenten, die weniger als 10 Semester studieren, müssen ebenfalls produktiv arbeiten.

Auch bei den Schülern der **Mittel- und höheren Schulen** werden sich die Schulzeiten grundlegend ändern. Auch diese Schüler werden nach und nach in den Arbeitsprozeß mitgezogen. Das sogenannte „elfjährige Studium“ wird auf ein zwölfjähriges verlängert. Diese Verlängerung heißt aber keine Verlängerung der Unterrichtszeit, diese wird im Gegenteil noch vielleicht eher verkürzt.

Schulkinder sollen in den letzten Jahren in verschiedene Unternehmen als Lehrlinge gegeben werden und dann die Schule ebenfalls am Abend besuchen. Im letzten Jahr soll sich die Abendsschule dann wieder in eine Tagesschule umwandeln. Mit dem Maturazeugnis sollen die Schüler gleichzeitig das Lehrzeugnis für einen Beruf in die Hände bekommen. Das ermöglicht den Kommunisten dann, die Jugend gleich nach Verlassen der Schule in den Erzeugungsprozeß einzureihen.

Schon vor dieser Reform wurden die Studien aus dem kommunistischen Block in der freien Welt als nichtausreichend abgelehnt. Wir wissen, daß der heutige Dr. jur. in der CSR nicht nach dem Recht, sondern nach den Anweisungen des kommunistischen Kommissars urteilt und der Dr. med. die Aufgabe hat, seine Patienten schnellstens wieder arbeitsfähig zu schreiben, wozu keine besonderen Fähigkeiten erforderlich sind, aber es liegt eine große Gefahr darin, daß nach einer gewissen Zeit die Bildungsstufe derart sinken wird, daß es in der Tschechoslowakei keinen einzigen Richter oder Arzt geben wird, der internationales Niveau haben wird.

Konsumgüter nun reichlicher vorhanden

Die wirtschaftliche Situation in der CSR hat sich nach Weihnachten gebessert

Wien. Wie die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Tschechoslowakei im Jänner zeigte, ist der wirtschaftliche Aufstieg, der sich vor allem vor Weihnachten 1958 bemerkbar machte, keine vorübergehende Erscheinung gewesen, sondern der Markt ist auch nach dem Weihnachtsgeschäft gut versorgt. Vor allem macht sich die Besserung auf dem Lebensmittelmarkt bemerkbar, wo nicht allein die Quantität zugenommen hat, sondern auch Qualität zu finden ist.

Der Textilmarkt ist nach den Weihnachtsfeiertagen wieder zurückgegangen. In erhöhtem Maße werden hingegen Erzeugnisse der tschechoslowakischen Kraftfahrzeugindustrie auch an tschechoslowakische Bürger verkauft, die sie seit manchmal mehr als einem Jahr bereits bezahlt hatten. Man rechnet überhaupt für die Zukunft mit einer raschen

Erladigung der Formalitäten, damit sich die Bevölkerung eher Fahrzeuge anschaffen kann. Die Leute behaupten zwar, daß die Tschechoslowakei einige Absatzmöglichkeiten für ihre Fahrzeuge eingebüßt hat oder daß es sich um Fahrzeuge handelt, die als „Mangelware“ aus dem Ausland zurückkamen. Auch der Möbelverkauf im Inland scheint etwas leichter zu werden. Die tschechoslowakische Möbelindustrie hat sich allerdings vorgenommen, wieder den westlichen Markt einzuholen, indem man zwischen den staatlichen Betrieben Wettbewerbe ausschreibt. In diesem Rahmen folgten bereits die ersten Erzeugnisse aus den staatlichen Betrieben in Trebítz in modernem Stil, die die Bevölkerung sehr interessiert. Es wurde mitgeteilt, daß mit der Serienerzeugung im Frühjahr begonnen wird.

WORTE UNSERER JUGEND UND FÜR UNSERE JUGEND

Ins falsche Fach geraten

Worte für unsere Jugend — Worte unserer Jugend: Heute sind es Worte, die nach draußen gehen sollen, zu den Anderen, die uns nur vom Hörensagen kennen, die vielleicht nicht mehr von uns wissen, als daß es uns gibt. Worte sind es, die lange schon an dieser Stelle gesprochen gehört hätten, klare, unverrückbare, hinter denen kein Wenn und Aber Platz hat. Es bedrückt uns heute, da sich Mißtrauen und falsches Verstehen aufbauen, daß diese Worte bisher ungesagt blieben. Nun zwingt uns die Zeit, das Versäumte nachzuholen. Und dies wollen wir so gleich hinzusetzen, es ist nicht eine Not, die uns zwingt, Farbe zu bekennen — zu unserer Farbe haben wir uns allzeit bekannt — wir selber finden es hoch an der Zeit, ein für allemal vor dem Forum der Öffentlichkeit Antwort auf die Frage zu geben, die uns selber längst keine Frage mehr ist, die uns aber der Fremde stellen muß und wird: Wo steht Ihr eigentlich?

Durch Zufall kamen uns dieser Tage die letzten zwei Nummern der Wochenschrift „Der Volksbote“ in die Hand. Wir fanden darin eine Artikelreihe, die sich mit einer in der letzten Zeit immer deutlicher in den Vordergrund tretenden Erscheinung beschäftigt: der Existenz rechtsradikaler Organisationen in Oesterreich, vom Verfasser treffend charakterisiert als „Läuse im Pelz der Demokratie“. Wir haben diese Veröffentlichung mit Genugtuung und Zustimmung gelesen, rollt sie doch eine Frage auf, die — so unbedeutend sie auch heute scheinen mag — eines bösen Tages wieder brennende Aktualität gewinnen könnte, wenn sich nicht Männer finden, die den Ideologien der äußersten Rechten und Linken energisch entgegen treten.

Nur über eines haben wir uns nicht gefreut: Neben dem B.H.J., dem Steirischen Jugendbund und der Unabhängigen Jugend Salzburgs wird die **Sudetendeutsche Jugend** unter den Gliederungen der „Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugendverbände Oesterreichs“ angeführt. Es tut uns irgendwie weh, wenn wir uns in dieser Gesellschaft sehen, es gefällt uns nicht, es stört uns. Erstens haben wir dieser Vereinigung niemals angehört und zweitens war sie uns schon äußerst unsympathisch, ehe sich noch der Staatsanwalt ihrer Führer annahm. Denn auch uns flatterte der „Trommler“ ins Haus, und man mußte nicht besonders schlau sein, um festzustellen, welcher Geist dort gepredigt wurde.

Aber Spaß beiseite bei ernstesten Dingen! Und die Dinge sind, bei Gott, ernst. Dem „Volksboten“ ist also ein Irrtum unterlaufen, und wir haben die Herausgeber um eine Richtigstellung gebeten. Damit könnte es sein Bewenden haben, ginge es nur um die Verteidigung unseres guten Rufes. Es geht aber um mehr: wir sind da in ein falsches Fach geraten, wir werden zu Verfechtern einer Ideologie gestempelt, die wir aus tiefster Ueberzeugung ablehnen. Wer je Gelegenheit hatte, an unseren Lagern und Schulungen, an unseren Diskussionen in Heimabenden teilzunehmen und wer unsere Veröffentlichungen las, weiß, welche klare Stellung wir immer in der großen Auseinandersetzung mit rechts- und linksradikalem Gedankengut bezogen haben und: wo unser Platz ist.

Die Frage nach unserem politischen Standort ist nun einmal aufgerollt, und sie soll erschöpfend behandelt werden.

In Artikel 2 unserer Satzungen heißt es: „Die SDJOe... will die ihr anvertraute Jugend zur Gemeinschaft erziehen und sie zu verantwortungsbewußten, volksverbundenen Menschen heranbilden helfen. Ihre Tätigkeit ist überparteilich und überkonfessionell. Sie will besonders die Liebe zur alten Heimat, die Treue zu ihr und dem angestammten Volksganzen wecken und vertiefen. Sie will gesunde Geselligkeit pflegen in Verbindung mit Volkstum und Brauchtum. Die SDJOe strebt Verbindungen an mit der Jugend der Völker des Ostens und Westens, die das Selbstbestimmungsrecht anerkennen und will Brücke sein für die Neuordnung eines freien Europa.“

HEDWIG TEICHMANN zum 10. Todestag am 4. Jänner 1959

In Buchbergthal bei Würbenthal im Altvatergebirge wurde am 30. Juli 1875 dem Forstmeister Peschke eine Tochter Hedwig geboren. Sie ist die einzige unter unseren bekanntesten Schriftstellerinnen, die ganz in ihrer überwältigenden Liebe zur Heimat aufging. Auch ist sie die einzige sudetendeutsche Frau, die auf dem Gebiete des Romans große Bedeutung erlangt hat. Sie entnimmt ihre Stoffe nicht nur zumeist der Heimat, sondern auch dem völkischen Leben. Als Forstmeisterstochter hatte sie auch reichlich Gelegenheit, nicht nur die Geheimnisse des Waldes und der Natur zu erforschen, sondern auch deren Bewohner gründlich kennenzulernen. Darauf ist auch die tiefe und innige Heimatverbundenheit zurückzuführen, die uns ihre Werke so schätzenswert macht.

Im Jahre 1911 erschien ihr erster Roman „Aus meinem Königreich“. Durch ihren 1913 veröffentlichten Roman „Die Polahändlerin“ ist die Schriftstellerin aus dem Altvaterlande mit einem Schlag zur beliebten Heimatdichterin überhaupt geworden. Sie hat es ausgezeichnet verstanden, das Leben, Lieben und Treiben der Polahändler zu schildern und zu charakterisieren, denn was wußte man bis dahin schon von der einzigartigen Gilde dieser fahrenden Schnitwarenhändler? In Rödgersdorf, Liebenhall, Hengersdorf und Johannesthal im Hotzenplotz-Ländchen waren

In diesen Worten ist unsere politische Zielsetzung, so weit bei einem Jugendbund von einer solchen gesprochen werden kann, formuliert. Vielleicht stößt sich der eine oder andere an dem Ausdruck „politisch“. Unsere Intentionen liegen in der Tat auch vor allem auf pädagogischem Gebiet: junge Menschen durch die Persönlichkeit zur Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft zur Persönlichkeit zu erziehen, ist unsere vornehmste Aufgabe. Bei dieser Auseinandersetzung mit der Umwelt sind aber nicht nur Fragen des geistigen und sittlichen Lebens, sondern auch Fragen des politischen Lebens zu bewältigen, und, was das enger gefaßte Ziel unserer Gemeinschaft angeht: Heimatliebe ist von Heimatpolitik nicht zu trennen, denn Heimat ist uns nicht nur Erinnerung an die Vergangenheit, sondern auch Aufgabe für Gegenwart und Zukunft. Es ist selbstverständlich, daß in Kindergruppen von einem politischen Gedankenaustausch noch nicht die Rede sein kann; auch in Jungen- und Mädchengruppen werden sich nur erste Ansätze dazu zeigen. Die Älteren aber, die in den Jugendkreisen zusammengefaßt sind, haben sehr wohl die Reife, sich mit Fragen politischer Art zu beschäftigen, und es wäre töricht, diesen Problemen aus dem Wege zu gehen, gehören sie doch zu den brennendsten, die uns aufgegeben sind.

Wir sind also, in diesem Sinn gesehen, nicht unpolitisch, wohl aber überparteilich. Das heißt zunächst: **Die Sudetendeutsche Jugend ist keiner Partei unterstellt oder zugeordnet.** Das heißt aber auch: Es gibt keine politische Gesinnung irgendwelcher Art, die von der Sudetendeutschen Jugend korporativ vertreten wird. Wir sind — und das soll einmal ganz deutlich gesagt werden — weder „schwarz“ noch „rot“ noch „national“. Daß wir die Jugendlichen „zu verantwortungsbewußten, volksverbundenen Menschen heranbilden“ und „die Liebe zur alten Heimat, die Treue zu ihr und dem angestammten Volksganzen wecken“ wollen, gibt dem sogenannten „Nationalen Lager“ ebensowenig das Recht, uns für seine Bestrebungen zu okkupieren wie wir uns als „klerikal“ einstufen lassen, weil wir uns in unserer Grundsatz-erklärung auf Gott berufen.

Nun besteht aber jede Gemeinschaft aus Persönlichkeiten mit unverwechselbarem geistigem Antlitz, und nichts wäre unserer Vorstellung von Erziehung abträglicher als eine Gleichschaltung, eine geistige oder politische Ausrichtung und Uniformierung. Wie jedes Glied unserer überkonfessionellen Gemeinschaft sich persönlich zu seiner Religion bekennt, so wird auch jedes Glied seine politische Ueberzeugung geformt haben, der Vierzehnjährige nicht, wohl aber der Zwanzigjährige, und jeder wird diese Ansicht auch innerhalb unserer Gemeinschaft vertreten. „Wir wollen nicht“, sagte kürzlich ein Referent zu unseren Führern, „daß du, wenn du in die Heimstunde gehst, draußen mit Hut und Mantel deine religiöse und politische Ueberzeugung ablegst. Wir wollen keine lauen Brüder, die ängstlich heiße Eisen vermeiden. Wir wollen deinen Mut, nicht nur beim Sprung vom Fünfmeterbrett. Wir wollen aber auch dein Maß, deine Einsicht, daß dein Standpunkt nicht deshalb, weil er der deine ist, für alle gültig ist. Wir wollen, daß dir der Mensch mehr ist als seine politische Kravatte.“

Es hat also jeder bei uns das Recht, seine politische Gesinnung nicht nur zu haben, sondern auch zu vertreten, und zwar im Geiste gegenseitiger Toleranz, im echten Geiste der Demokratie: Es gibt aber auch Grenzen der Toleranz, einen Punkt, an dem es unverantwortlich wäre, weiter Toleranz zu üben. Schon einmal ist die Demokratie daran zugrunde gegangen, daß sie ihren offenen Feinden das Recht einräumte und die Möglichkeit gab, die demokratische Staatsform zu zerstören. Hier ist, aus dem Recht der Notwehr, Intoleranz nicht nur erlaubt, sondern geboten.

diese Wanderhändler daheim. Das Hotzenplotz-Ländchen bildete als die größte mährische Enklave ein Kuriosum. Man war mitten in Schlesien und befand sich doch auf mährischen Boden. Die Polahändler fuhren mit ihren Pferdegespannen durch das ganze Gebiet Preußisch-Schlesiens und verkauften dort die Schnittwaren. Sie kamen wohl ursprünglich bis ins polnische Gebiet, nach „Pola“, daher der Name.

Unsere begabte Dichterin ließ 1916 den Roman „Die Mädelmühle“, 1919 „Es war einmal ein Prinz“ und „Waldfrieden“, 1920 „Wenn die Jugend und die Liebe einsam sind“, „Mona Lisa“, „Joh. Bühns Himmelsreiter“ folgen. Ein wahres Meisterwerk inniger und echter Heimatverbundenheit ist ihr 1921 erschienener Roman „Im Banne der Heimat“, der die Ereignisse des Umsturzes 1918 wahrheitsgetreu schildert. Die Dichterin hat sich mit diesem Werk in die erste Reihe unserer heimatischen Autoren gestellt.

Aus dem sich nicht in Vielschreiberei verlierenden Schaffen unserer trefflichen Landsmännin sind noch zu nennen: Das Mutterbuch „Unsterbliches Leben“ (1924), die Romane „Irrgarten des Lebens“ (1925), „Die bösen Glocken von Würben“ (1928), „Die schwarze Katze“ (1928), „Die Lindenmühle“ (1929), „Entwurzelte Seelen“ (1930), „Schick-

Diese Grenzen sehen wir dort, wo wir, in zeitlicher oder räumlicher Entfernung, eine Zerstörung erkennen, dort, wo unsere Demokratie jetzt und hier gefährdet ist. Wir meinen damit die beiden Ideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus in allen ihren orts- und zeitbedingten Abwandlungen, sei es nun in Gestalt eines „nationalen Sozialismus“, wie ihn die rechtsradikalen Gruppen Oesterreichs vertreten, oder eines „nationalen Kommunismus“, wie wir ihm in Polen und Jugoslawien begegnen. Wir sind hellhörig geworden, auch wenn man das Thema variiert. Es genügt nicht zu erklären, daß gewiß damals Fehler gemacht wurden oder dort heute Fehler gemacht werden. Hinter all diesen Erklärungen versteckt sich nur das Versprechen: Wenn wir (entweder „wieder“ oder „hier“) zur Macht kommen, werden wir das Ganze ohne diese Fehler aufziehen. Und davor bewahre uns Gott, denn es bliebe noch genug vom Bösen.

In diesem Sinne, in der entschlossenen Ablehnung jeglichen Ungeistes, ist die Sudetendeutsche Jugend, die überparteilich ist, nicht unparteilich. Sie hier abseits zu stellen und eine Politik der offenen Tür zu treiben, wäre Verbrechen.

Wie aber verhält sich unsere Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen in diesem Fall? Wollen wir diese Frage beantworten, so müssen wir uns vor Augen halten, daß wir Erziehungsaufgaben haben. Sollte also einer jener Extremen, gleichgültig ob von rechts oder von links, zu uns stoßen oder gar in bestimmter Absicht zu uns entsandt werden, werden wir ihm nicht brüsk die Tür weisen, sondern versuchen, ihn in freundschaftlichem Gespräch von seiner „Weltanschauung“ allmäh-

Sozialpolitik - Wirtschaft

Beamtenversorgung für Tabakarbeiter

Bonn. In den Kreis der Personen, die nach dem G 131 Anspruch auf öffentliche Versorgung haben, wurden nunmehr auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der ehemaligen Tabakregie in Oesterreich, im Sudetenland, im Protektorat Böhmen und Mähren und in der Slowakei einbezogen. In der CSR bestanden Tabakfabriken noch aus der Zeit der Monarchie her. Ihre Arbeiter und Arbeiterinnen bekamen schon in der Monarchie eine Art Pension, bei ihnen Provision benannt, auf die sie einen rechtlichen Anspruch hatten. Sie werden daher zu den Angehörigen des öffentlichen Dienstes gerechnet. Nach einem Rundschreiben, veröffentlicht im Gemeinsamen Ministerialblatt 1958 Nr. 28, gehören sie daher zum Personenkreis des G 131 und haben Anspruch auf Beamtenversorgung.

Nähere Auskünfte über dieses Rundschreiben erteilt an Interessenten die „Sudetenspost“.

Die Zuwanderung aus Osterreich

Bonn. Für Zuwanderer aus Osterreich, die den Stichtag vom 31. Dezember 1952 versäumt haben, hat nun das Vertriebenenministerium mit Rundschreiben vom 5. November 1958 — LA 3010/56 eine weitherziger Auslegung des § 230 des Lastenausgleichsgesetzes empfohlen. Insbesondere gilt dies für die Beurteilung der Bemühungen um eine Einreise in die Bundesrepublik. Es reicht beispielsweise aus, wenn man sich bei der Deutschen Fürsorgestelle oder aber bei der Lagerleitung um die Einreise nach Deutschland bemüht hat. Die Bescheinigungen der Zentralberatungsstellen können hingegen nur ausnahmsweise anerkannt werden, nämlich dann, wenn sie Angaben enthalten, die auf den Einzelfall zugeschnitten sind und nicht nur eine formblattmäßige oder allgemeine Bestätigung enthalten. Wurden die Bemühungen um die Einreise nach Deutschland rechtzeitig vor dem 31. Dezember 1952 eingeleitet und die Ablehnung nach diesem Tage erteilt, so ist die Ausnahme vom § 230 auch dann erfüllt, wenn die Urkunden auf Grund neuer Anträge zu einem späteren Zeitpunkt erst ausgestellt wurden. Wenn die Einreiseerlaubnis wegen Fehlens der deutschen Staatsbürgerschaft verweigert wurde, so genügt es, wenn sich der Befragte nach dem Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsbereinigungsgesetzes vom 23. Fe-

bruar 1955 um die deutsche Staatsbürgerschaft bewarbt und die Bemühung um die Einreise wieder fortsetzte.

lich zu heilen. Sollte sich aber nach einiger Zeit herausstellen, daß er unsere Geduld mißbraucht, daß er auf Argumente mit Schlagworten reagiert und womöglich durch den Einfluß seiner Persönlichkeit eine ganze Gruppe mit seiner Geisteshaltung infiziert, hat er in unseren Reihen nichts mehr zu suchen. Wir werden ihn uns vom Halse schaffen. — Und damit schließt sich der Kreis: „Läuse im Pelz der Demokratie“ hatte die Zeitung geschrieben, „man fürchtet Läuse nicht, aber man entledigt sich ihrer.“ Wir sind eines Sinnes mit ihr.

—x.

Volkstanzlehrgang

Die Sudetendeutsche Jugend hält am 21. und 22. Februar 1959 in Linz, Heim der Sudetendeutschen Jugend, Artilleriekaserne-Garnisonstraße, Kellergeschoß, einen Volkstanzlehrgang ab. Beginn am Samstag um 16 Uhr, für den Abend ist ein Theaterbesuch vorgesehen. Am Sonntag beginnt die Arbeit um 9 Uhr und endet gegen 17 Uhr.

Generaldirektor Kraus 65 Jahre

Am 8. Februar feierte der Generaldirektor der Heilmittelwerke Wien, Kommerzialrat Mr. pharm. Rudolf Kraus, seinen 65. Geburtstag. Der Jubilar stammt aus einer alten Olmützer Familie, die seit Jahrhunderten in Mähren lebte und wirkte. Seit 1923 ist Generaldirektor Kraus bei den Heilmittelwerken Wien tätig, war ihr öffentlicher Verwalter und hat sich vor allem in den letzten Jahren als Pionier für die Entwicklung einer eigenen chemisch-pharmazeutischen Industrie in Osterreich verdient gemacht. Wegen seiner hervorragenden Leistungen wurde ihm auch das Goldene Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Osterreich verliehen.

Kulturnachrichten

Sudetendeutsche Liedertafel

Die „Sudetendeutsche Liedertafel“ veranstaltete am 6. Februar anlässlich der Vollendung des 60. Lebensjahres ihres Ehrenobmannes Direktor Mayer eine Feierstunde, der sich auch der Verband der Böhmerwälder, dessen Obmannstellvertreter der Genannte ist, durch Teilnahme des Obmannes Hager, des Ehrenobmannes Wolner, des 2. Obmannstellvertreters Khemeter und des Kassiers Fischböck, anschloß. Weitere Gäste waren der Obmannstellvertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft Schebesta und die Konzertsängerin Frau Liselotte Wolner.

Obmann Zahorka würdigte die Verdienste des Sangesbruders Mayer um die Sudetendeutsche Liedertafel, deren Mitbegründer und langjähriger Obmann er war und überreichte ihm das Diplom über die Ernennung zum Ehrenobmann. Anschließend sangen die Sängerinnen und Sänger das Lied „Gott zum Gruß im Böhmerwalde“. Dann dankte Sangesbruder Mayer mit bewegten Worten für die Ehrung. Er wies darauf hin, daß es im heurigen Sommer 40 Jahre werde, daß er als aktiver Sänger tätig sei. Hierauf beglückwünschte der Obmann im Namen aller Sängerinnen und Sänger den Ehrenobmann zur Vollendung seines 60. Lebensjahres und ließ ihm durch die jüngste Sangeschwester Blumen überreichen. Weitere ehrende Ansprachen hielten Lm. Schebesta und Lm. Wolner. Den Abschluß der offiziellen Feier bildete das Lied „Wenn ich der Heimat grüne Auen“, vorgetragen durch die Liedertafel.

Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein erfreute Konzertsängerin Liselotte Wolner mit begeistert aufgenommenen Gesangsvorträgen.

Am Freitag, 20. Februar, wird im Anschluß an die Singprobe eine kurze außerordentliche Hauptversammlung abgehalten. Es werden wichtige Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung der „Sudetendeutschen Liedertafel“ fallen. Alle Mitglieder wollen daher sicher erscheinen!

Prof. Dr. Wasicky 75 Jahre

Der aus Teschen (österr. Schlesien) stammende Universitätsprofessor und Begründer der Wiener Schule der modernen Pharmakognosie, Dr. med. et pharm., Dr. h. c. der Sorbonne Paris und gewesener Professor für experimentelle Pharmakologie, Richard Wasicky, ist am 6. Februar 75 Jahre alt geworden. Er studierte an der Wiener Universität Pharmazie und Medizin, habilitierte sich 1914 an der Wiener Universität als Privatdozent, wurde 1920 außerordentlicher Professor und Direktor des Pharmakognostischen Instituts der gleichen Universität, war in Wien Dekan von 1924 bis 1926, verließ aber Osterreich im Frühjahr 1938 und begab sich über die Schweiz und Frankreich nach Brasilien, wo er an der Universität in Sao Paulo wiederum seine Vorlesungen usw. aufnahm.

Paul Brückner

Die Landsmannschaften berichten:

Bundesverband

Zum Abbruch der Verhandlungen

Die am 28. Jänner dieses Jahres fortgesetzten Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Bundesrepublik Deutschland über einen Lastenausgleich zugunsten der in Oesterreich lebenden volksdeutschen Heimatvertriebenen und Umsiedler sind wiederum ergebnislos geblieben. Der von der deutschen Delegation vertretene starre Standpunkt, daß die Entschädigung der volksdeutschen Heimatvertriebenen und Umsiedler in Oesterreich eine rein innerösterreichische Angelegenheit sei, eine rechtliche Leistungsverpflichtung deutscherseits daher nicht bestehe, wurde nur dahingehend etwas gemildert, daß sich die Bundesrepublik Deutschland zu einer 50prozentigen Beitragsleistung zum Aufwand eines österreichischen Lastenausgleiches für die Heimatvertriebenen und Umsiedler mit aufrechter deutscher Staatsangehörigkeit bereit erklärte. Da der Anteil der Heimatvertriebenen und Umsiedler mit deutscher Staatsangehörigkeit etwa zehn Prozent der Gesamtzahl der Heimatvertriebenen beträgt, bedeutet dieser 50prozentige Beitrag für erstere also nur etwa fünf Prozent des notwendigen Gesamtaufwandes. Bei der Unnachgiebigkeit der deutschen Delegation mußte mit einem Scheitern der Verhandlungen gerechnet werden.

Mit Rücksicht auf diese Sachlage hatte der Leitungsausschuß der Volksdeutschen Landsmannschaften Oesterreichs (VLOe) gebeten, wenigstens eine Einigung über eine Soforthilfe für die Notfälle zu finden. Der Bundesvorstand der SLOe mußte jedoch mit Bedauern feststellen, daß auch diesem Ersuchen kein Gehör geschenkt wurde.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft Oesterreich bereitet in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Volksdeutschen Landsmannschaften Oesterreichs (VLOe) eine Reihe von Aktionen vor, um für die Verhandlungen, die im Frühsommer fortgesetzt werden sollen, günstige Grundlagen zu schaffen. Allerdings sind die Schwierigkeiten, die sich unseren Bemühungen, und da besonders in finanzieller Art, entgegenstellen, sehr groß, denn die SLOe hat ja nur die Beiträge ihrer Mitglieder zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zur Verfügung. Wir hoffen jedoch, sie mit der tatkräftigen Unterstützung aller Landsleute zu meistern und sie zu einem glücklichen Ende zu führen.

Der Vorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft Oesterreich spricht an dieser Stelle allen Landsleuten, die uneigennützig Arbeit, Zeit und Geld für die Verfechtung der berechtigten Ansprüche der heimatsvertriebenen Sudetendeutschen in Oesterreich eingesetzt haben, seinen herzlichsten Dank aus und bittet sie, um ihre weitere Mitarbeit.

Wien, Niederösterreich, Burgenland

Eine sudetendeutsche „Eiserne“ in Wien

Der 95jährige Oberteilzurichter beziehungsweise Schuhmacher Anton Baloun heiratete vor 65 Jahren seine Frau Maria. Beide stammen aus den Sudetengebieten, der „eiserne“ Hochzeiter Franz Baloun aus Jannowitz in Böhmen und seine Frau Maria aus Mähren. Frau Maria ist übrigens „erst“ 87 Jahre alt. Die eiserne Hochzeit wurde am 6. Februar in Wien-Ottakring durch Dechant Josef Schmid vollzogen, der würdevoll und sakral zugleich die Trauungszeremonie nach 65 Jahren wiederholte, diesmal im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger und Bezirksvor-

steher Scholz. Es war eine schöne Feier, die wiederum unter Beweis stellte, daß auch sudetendeutsche Bürger, auch wenn sie von Kleinhäusern abstammen, gesund und lebenskräftig zugleich sind. Die „Sudetepost“ entbietet der seltenen eisernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche und sendet diesen Glückwunschgruß an ihre Ottakringer Adresse: Wien XVI, Koppstraße 26, wo das in Liebe und Eintracht vereinte Paar seit 46 Jahren Heimat und Bleibe zugleich fand.

Ing. Hans Schindler (Wien) gestorben

Unter tragischen Umständen starb kürzlich in Wien Ing. Hans Schindler (Freiwaldau-Jägerndorf) im Alter von 62 Jahren. Der Verblichene ging vom Stammtisch Zipfer-Bräu in seine gleichfalls in der Bellariastraße gelegene Wohnung zurück, versuchte dort das Gas anzuzünden und erlitt dabei einen Schlaganfall. Jedenfalls fand ihn seine Tochter, am offenen Gasherd sitzend, am nächsten Tag als Toten wieder.

Ing. Hans Schindler war der Sohn des Jägerndorfer Notars Dr. Schindler, absolvierte die Staatsgewerbeschule in Brünn (Maschinenbau), machte den ersten Weltkrieg als aktiver Fliegeroffizier mit, wurde mehrfach ausgezeichnet und ließ sich schließlich als Verkaufsleiter der Mercedes-Filiale in Tepitz-Schönau nieder. Hier wie ab 1942 in Wien arbeitete er als Vertreter recht erfolgreich, war vor allem ein Landsmann, der in jeder Hinsicht zu seiner Heimat stand und alle Bestrebungen der Heimatgruppen und der SLOe weitestgehend unterstützte.

Landsmannschaft Batsch

Aus Anlaß des Sudetendeutschen Tages zu Pfingsten 1959 in Wien wird sicherlich eine große Anzahl von Landsleuten nach Wien kommen, um frühere Freunde, Landsleute, Familienmitglieder zu treffen, um mit ihnen Gedanken über ihre alte Heimat auszutauschen. Als zentralen Treffpunkt in Wien schlagen wir allen Batschern von nah und fern unser Vereinslokal, die Gastwirtschaft „Zipfer-Bräu“, Wien I, Bellariagasse 12, vor. Die Leitung der Landsmannschaft liegt derzeit in folgenden Händen: Hofrat Dipl.-Ing. Robert Peter, Wien IX, Lackierergasse 1/10; Stellvertreter: Heinrich Granzer, Wien XIII, Bossigasse 32; Sekretär: Frl. Gusti Ohnhäuser, Wien XVI, Bachgasse 6/9; Pressereferat: Otto Fietz, Wien XVI, Franz-Eichert-Weg 15.

Freudenthal und Engelsberg

In der Hauptversammlung erstattete Obmann Walter Olbrich den Tätigkeitsbericht; Kassier Lm. Robert Springer gab die finanzielle Aufwärtsentwicklung des Vereines bekannt. Einstimmig wurden gewählt: Obmann: Oberrich Walter, Fabrikant (Freudenthal); Obmannstellvertreter: Nitsch Hans, Angestellter (Freudenthal); Kassier: Springer Robert, Altvaterlikörzeuguher (Lichtewerden); Kassierstellvertreter: Schedo Paula, i. P.; Schriftführer: Kremer Luise, i. P.; Schriftführerstellvertreter: Fischer Franz, i. P.; Kontrolle: Wurst Egon, i. P. (alle Freudenthal), Hofrat Dr. Karl Körner (Wien).

Am 8. Februar war wiederum ein sehr schönes Monatstreffen im Zipfer Bräu. Neben den Berichten über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich und das Auslandsrentenübernahmegesetz wurde die Abhaltung des Sudetendeutschen Tages zu Pfingsten beraten. Der Ausschuß hat beschlossen, Obmannstellvertreter Hans Nitsch als Verantwortlichen der Heimatgruppe dem Komitee zur Abwicklung des Sudetendeutschen Tages zu melden, für den Heimatkreis Würbenthal den Landsmann Alfred Neu-

setzte er sich leise auf und bemerkte, daß das Scheunentor, halb angelehnt, den Blick in den Hof freigab. Blasse Helle erfüllte ihn, also mußte das Gestirn schon am Himmel stehen. — Vorsichtig schlüpfte er vom Lager, glitt die Leiter hinab und schlich über den Hof in den Garten, dessen Tür offen stand.

Um nicht aufzufallen, trat er in die Laube und setzte sich auf das Bänkchen. Kaum saß er, hörte er seinen Namen flüstern. Er fuhr auf, schaute sich um, sah aber niemanden. Es mußte also Täuschung gewesen sein. Jetzt flüsterte es wieder und leises Lachen folgte.

„Jetzt sage Mädels, wo steckt du denn?“ flüsterte er.

„Hier, gleich neben dir.“

„Wo, hier?“

„Schau neben dich, dann wirst du finden, daß aus der Laube ein zweites Pfortchen zu einer verborgenen Bank unter dem Jasminstrauch führt.“

„Oh, du Schelm!“ lachte jetzt Rudi, schlüpfte aus dem Gartenhaus und setzte sich neben sie.

Weil die Bank aber kurz war, zog sie ihn nahe zu sich heran. Rudi wieder schlang den Arm um ihre Hüften, bog ihr sanft den Kopf zurück und küßte sie. Sie strich ihm zärtlich übers Haar und erwiderte seine Liebkosungen. Leise fragte er: „Wie kommt es, daß es auf den ersten Blick mich zu dir und dich zu mir gezogen hat? — So vielen Mädchen als Blumen in eurem Garten stehen, bin ich in der Stadt schon begegnet, aber nicht eine hat mich so gefesselt und bezaubert wie du. Noch keine habe ich geküßt.“

„Das soll ich glauben?“

„Ja, das kannst du glauben, denn ich spreche die Wahrheit. — Nur ist es mir ein Rätsel, wie es kommt, daß ich in dieses fremde Land wandern mußte, um meine erste Liebe zu finden.“

Zuverlässig wie ein Opel sind

Gebrauchtwagen

der

Dipl.-Ing. Herbert Günther KG

Linz, Hamerlingsstr. 15 und Lenaustr. 17 • Telefon 23 4 67

Gebrauchtwagen aller Marken und Preislagen

mann und für Engelsberg die Landsmännin Hedwig Ecker Nächstes Heimattreffen: Sonntag, 8. März 1959, um 16 Uhr im Vereinslokal „Zipfer Bräu“.

Hochwald

Landsmannschaft der Böhmerwälder

Bei der Vorstandssitzung am 15. Februar wurden für die einzelnen Böhmerwald-Heimatkreise die Betreuer beim Sudetendeutschen Tag bestimmt. Unsere Heimattreffen beim Sudetendeutschen Tag finden am Pfingstmontag, 18. Mai 1959, ab 12 Uhr mittags in verschiedenen Gaststätten statt, die noch bekanntgegeben werden. Herr Lenz hielt unserem am 11. Februar 1959 in Baden bei Wien verstorbenen Landsmann Monsignore Johann Grill, Stadtpfarrer i. R., aus Obergröschum einen ehrenden Nachruf.

Sonntag, 8. März 1959, 18 Uhr, März-Gedenkfeier in der Gastwirtschaft Pelz. — Ueber Anregung des „Hochwald“ werden beim Sudetendeutschen Tag Kunstfotos der sogenannten „Krummauer Madonna“ verkauft. Bestellungen können schon jetzt an unsere Landsmannschaft gerichtet werden.

Gesucht werden: Frau Magdalena Hable, gebürtig aus Kaplitz, letzte Adresse Marchtrenk, Oo.e. Zuschriften erbeten an Frau Anna Opolzer (aus Kaplitz), Wien XVI, Sautergasse 27/23, Conte Veith und Gattin geb. Hawlica (Arzttochter aus Krummau) aus Budweis. Zuschriften an die Heimatomskartei für Sudetendeutsche, Regensburg, V. d. Tannstraße 7.

Verein Erstes Oesterreichisches Böhmerwaldheimatmuseum

Beim Heimattreffen der Heimatgruppe „Budweiser Sprachinsel“ am 7. Februar sprach Direktor Fritz Rose über „Werden und Wachsen der Stadt Budweis“. Die Zuhörer dankten ihm mit vielem und herzlichem Beifall. Kernstock-Forscher Herr Karl Bosek-Kienast trug einen jetzt sehr zeitgemäßen Kernstock-Spruch zur Erinnerung an den Tiroler Freiheitskampf im Jahre 1809 vor. Der nächste Heimatabend der Heimatgruppe „Budweiser Sprachinsel“ findet ausnahmsweise am 14. 3. ab 17 Uhr statt.

Heimattreffen Kaplitz-Gratzen-Hohenfurth (Josef-Gangl-Gemeinde)

Das Heimattreffen am 7. Februar 1959 wurde wie gewöhnlich mit dem Böhmerwaldlied eröffnet. Der Kernstock-Forscher Herr Karl

Bosek-Kienast trug als Spruch des Tages ein Gedicht von Ottokar Kernstock vor. Herr Lenz begrüßte die Teilnehmer und berichtete über unsere Heimattageangelegenheiten. Frau Luise Kaindl brachte humoristische Vorträge. Sehr bedauernd ist, daß die Landsleute aus den Bezirken Kaplitz und Hohenfurth fast ganz fehlten, wodurch die Vorbereitung des Sudetendeutschen Tages für diese Heimatzirkel sehr erschwert wird.

Das nächste Treffen findet Sonntag, 1. März ab 17 Uhr in der Gastwirtschaft Charwat, Wien XVI, Arnetzgasse 60, statt. Lichtbildvortrag: „Die Flugreise des Landesobmannes, Ziel: Rom, Indien, Aegypten, Athen (in Farbbildern)“. Vorbereitung des „Sudetendeutschen Tages“ für unsere Heimatzirkel. Im gemütlichen Teil spielen Herr Johann Grubmüller (Gollnetschlag) auf der Ziehharmonika und Frau Pöschko-Knie (Maierhof) auf der Gitarre. Landsleute, erscheint zahlreich, insbesondere auch aus den Bezirken Kaplitz und Hohenfurth!

Humanitärer Verein

von Österreichern aus Schlesien in Wien

Einen schmerzlichen Verlust erlitt der Verein durch das Ableben des Ehrenmitgliedes Josef Müller am 1. Februar. Zu der Beisetzungsfeier hatten sich viele Landsleute mit der Vereinsstandarte eingefunden. Obmannstellvertreter Karl Kolb hielt dem Dahingeschiedenen einen tiefempfundenen Nachruf, in welchem er auf die großen Verdienste des Verstorbenen um den Verein hinwies. Josef Müller wurde am 5. Jänner 1880 zu Amalienfeld in Oesterreichisch-Schlesien geboren und erlernte in Bennisch das Tischlerhandwerk. Seine Militärzeit verbrachte er in Troppau und wandte sich dann nach Wien, wo er in seinem Beruf in der Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe eine Anstellung fand. Von 1932 bis 1950 war er eines der eifrigsten Leitungsmitglieder und hat überall mitgeholfen, wenn es galt, für die Heimat und den Verein einzutreten. Im Jahre 1937 trat er in den wohlverdienten Ruhestand. Auf Grund seiner großen Verdienste für den Verein, wurde er im Jahre 1954 einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt.

Landskron und Umgebung

Wir machen unsere Landsleute darauf aufmerksam, daß am 20. Februar um 18 Uhr im Stephansdom in Wien eine Gedenkmesse für

Ein Märchen vom Glück

Von Alfred Köhler

„So wollen wir euch nicht aufhalten, denn ihr habt einen weiten Weg. Unser Segen begleitet euch.“

„Habt Dank, liebe Frau!“ sagte Jähnikke gerührt und reichte ihr die Hand. Rudi aber nahm die Laute, stimmte sie und sang leise das Lied vom Abschied und vom Wandern:

„Laue Lüfte fühl' ich wehen,
goldner Frühling taut herab,
nach der Ferne geht mein Streben,
reicht mir den Wanderstab.
Wo die grauen Nebel steigen
um der blauen Berge Reigen,
dorthin geht mein Weg hinab,
reicht mir den Wanderstab.“

Mutter und Tochter lauschten bewegt der alten Weise und hätte die Bäuerin nicht in tiefer Versunkenheit ihre Hände betrachtet, die sie auf dem Tische liegen hatte, wäre ihr aufgefallen, daß seine Stimme leise bebte und sich sein Blick in den Blazenas senkte, als er sang:

„Denkt beim stillen Abendsterne,
denkt an den entfernten Freund,
was sich liebet, bleibt vereint.“

Heute gab der Bauer Jähnikke nur die Laterne, deutete ihm, er wisse ja, wo sie schlafen und verschwand mit seiner Frau im Alkoven. Die Tochter war in ihre Kammer gegangen.

Rudi wußte es so einzurichten, daß er als letzter über die Leiter stieg und sich ganz in der Nähe niederlegen konnte. — Bald war dem ruhigen, tiefen Atmen der Ruhenden zu entnehmen, daß sie schliefen. Nur Rudi starrte in die tiefe Dunkelheit, die ihn umgab. Hie und da knisterte das Stroh, wenn sich ein Schläfer bewegte. Als alles ruhig war,

„Auch du bist meine erste, wirkliche Liebe, denn du hast so ein anderes Wesen wie die Burschen, die hier im Dorfe wohnen und mich beim Tanze umschwärmen. Als du fragtest, wie es kommt, daß uns auf den ersten Blick gegenseitige Zuneigung gefaßt hat, fiel mir ein Märchen ein, das mir die Großmutter einmal erzählt hat.“

„Erzähl' es mir.“

„Die ersten Menschen kannten weder Liebe noch Haß, nicht Neid, nicht Hunger und nicht Durst. Sie lebten wie Pflanzen, die nicht blühen, nicht fruchten und nicht welken. Warum hätten sie sich lieben, hassen oder beneiden sollen, wo doch keiner ein Verlangen oder Begehren hatte? — So wäre es geblieben, wenn nicht die böse Hexe, die Mofena, gekommen wäre und sich darüber geärgert hätte, daß Mensch neben Mensch und Tier neben Tier so einträchtig lebten. Sie sann, wie sie dieses wunschlose Glück zerstören könnte. Lange grübelte sie und eines Tages fiel ihr ein, jenen Zaubertrank zu brauen, der in allem, was lebt und wächst, Hunger und Durst weckt. Sie gab ihn den Menschen und Tieren zu trinken. Der Trank behagte ihnen wunderbar, denn er schmeckte süßhaft süß und schuf nie gekannte Lustgefühle. — Gar bald aber gab es unter den Lebewesen Hader und Streit, denn eines gönnte dem anderen nicht mehr, was es selber haben wollte. Da freute sich die Böse, und die Welt wäre leer geworden, weil sich Menschen und Tiere gegenseitig umgebracht hätten, wenn nicht Gott Swaroh, der Beschützer wunschlosen Liebesglückes und des Lichtes, gekommen wäre und gesehen hätte, welches Unheil seine Feindin über die Welt gebracht hat.“

Da er den häßlichen Zauber nicht bannen konnte, schenkte er der Welt das große Glück der alles verstehenden, sich verschenkenden und stets verjüngenden Liebe.“

„Ein Märchen, wie ich noch keines gehört

habe, anders als die, die man sich bei uns erzählt.“

„Da das Leben bei euch anders ist, darum sind auch die Märchen anders.“

„Und bist du so glücklich, wie im Märchen erzählt wird, wo du soviel Liebe verschenkst?“

Da schwieg Blazena vorerst, fragte dann: „Jetzt?“

„Jetzt und sonst.“

„Jetzt bin ich glücklich — sonst — bin ich nicht unglücklich, denn ich bin unser Leben von Jugend her gewohnt, kenne kein anderes. Wie es aber sein wird, wenn du fortgehst, weiß ich nicht, denn nun habe ich einen Blick in eine neue Welt getan und werde zusehen müssen, wie ich mich in meiner alten wieder zurecht finde.“

„Wir wollen in Verbindung bleiben. Ich schreibe dir, wenn ich heimkomme. Willst du mir auch schreiben? — Vielleicht ergibt sich daraus die Möglichkeit, daß wir uns wiedersehen.“

„Ob das möglich sein wird?“

„Warum nicht?“

„Ich — das ist zwischen den Eltern so halb und halb abgemacht — soll den Sohn des Nachbarn heiraten. Er ist der Einzige und ich bin die Einzige. Das gibt einmal eine ansehnliche Wirtshaft, wenn die Gründe zusammengelegt werden.“

„Liebst du ihn, den Nachbarnsohn?“

„Lieben? — Ich kann ihn ganz gut leiden. Ich werde es bei ihm gut haben. Heute schon spricht er mit Stolz davon, wie schön es sein wird, wenn er mit mir — der zukünftigen reichen Bäuerin — am Sonntag in die Kirche geht und sich alles nach uns umdreht. Ja, er glaubt sogar, daß man ihn einmal zum Gemeindevorsteher wählen wird.“

„Wirst du dann auch stolz sein?“

(Fortsetzung folgt)

Andreas Hofer durch Prälät Fried gelesen wird.

Am 11. Februar d. J. beglückwünschten wir Frau Berta Blaschke geb. Zeiner aus Landskron (Badhaus), in Wien wohnhaft, zum vollendeten Sechzigsten als zwiefache Großmutter.

Mährisch-Ostau und Umgebung

Unsere Februar-Zusammenkunft stellten wir unter das Motto „Faschingsunterhaltung“. Der reizend dekorierte Saal, zahlreiche Faschingsutensilien und ein fleißig und gut spielendes Musikduo förderten die gute Stimmung.

Unsere nächsten Heimatabende finden am 5. März und 2. April statt. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen, besonders in Anbetracht des Sudetendeutschen Tages in Wien, zu dem viele Vorbesprechungen notwendig sind.

Obmann Olga Michler hatte für das Frauenreferat des Landesverbandes Wien am 23. Jänner eine Zusammenkunft der sudetendeutschen Frauen der Heimat- und Bezirksgruppen zur Besprechung verschiedener wichtiger Fragen einberufen.

Mährisch-Schönberg

Unsere Heimatgruppe hatte für den 25. Jänner zu einem Nordmährer-Heimatabend, verbunden mit ehrenvollem Gedenken an den nun 80jährigen Dichter Erwin Guido Kolbenheyer, eingeladen.

Unser Februar-Heimatabend fiel gerade auf den Faschingsonntag. Das war uns Anlaß, eine kleine Faschingsfeier durchzuführen, zu welchem Zweck Landmann Predl den Saal festlich geschmückt hatte.

Obmann Krügel begrüßte die erschienenen Landsleute und Gäste und verwies in seinen Mitteilungen auf den Abbruch der Verhandlungen Oesterreich-Deutsche Bundesrepublik.

Dann trat der Frohsinn in seine Rechte, immer wieder angekurbelt von Frau Teufel und Herrn Predl. Bei kleiner Musik ging es lebhaft zu. Der Gewinner von Predls Käse-Wurst-Uhr hatte sein liebes Kreuz mit der Bescherung, während alle Zuschauer die von Frau Anni Pattermann gespendeten Aschantinnisse knabberten.

Römersstadt und Umgebung

Die Heimatgruppe Römersstadt und Umgebung hielt ihre diesjährige Hauptversammlung im Vereinsheim ab und die zahlreichen Besucher nahmen die Berichte der verschiedenen Amtswalter mit großem Beifall zur Kenntnis.

tertag und zur Weihnachtsbescherung Geschenke an Kleidern, Stoffen und Naturalien verteilt, deren Geldwert ebenfalls über 4000 Schilling lag.

Zuckmantel

Das beginnende Jahr 1959 brachte uns gleich am Anfang Verluste an Mitgliedern durch Ableben.

Am 15. Jänner verstarb Frau Anna Blaschke geb. Geppert im 64. Lebensjahr. Sie stammte vom Gräfenberg bei Freiwaldau und wurde am 22. Jänner auf dem Sieveringer Friedhof bestattet.

Oberösterreich

Bielitz-Biala, Teschen

Wieder müssen wir den Heimgang eines Mannes beklagen, der mit vollem Recht zur ehrwürdigen Garde der Bielitzer gezählt werden kann.

Als aufrechter und rechtliebender Deutscher genoß er sowohl im Betriebe als auch in allen Schichten der Bielitzer Bevölkerung eine uneingeschränkte Wertschätzung.

Am 17. Februar begleiteten wir unseren Trauernden, der im Jänner das 78. Lebensjahr erreicht hatte, auf seinem letzten Wege zum Urnenfriedhof in Urfahr.

Böhmerwälder

Obmannstellvertreter Direktor Josef Mayer ein Sechziger

Der am 8. Februar 1899 in Gutwasser bei Budweis geborene bewährte Mitarbeiter unseres Verbandes feierte nunmehr die Vollendung seines 60. Lebensjahres.

In Krummau verschied am 3. Februar um 16 Uhr Herr Ing. Georg Schaguni, Verwalter i. R., im Alter von 86 Jahren.

BRUNA-LINZ

Der Fasching ist zwar zu Ende, aber die Bruna-Linz will ihren Freunden einen sehr netten und lustigen Faschingsausklang bereiten.

Geburtstage feiern: Maria Schögl den 85., Viktor Fiedler den 78., Franz Weintritt den 50. und Ing. Josef Vondru den 60. Geburtstags.

Riesen- und Isergebirgler

Der Heimatabend am 21. Februar wird gleichzeitig als Hauptversammlung abgehalten. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich um 20 Uhr im Versammlungslokal „Zur Goldenen Glocke“, Linz/D., Klosterstraße, zu erscheinen.



Egerländer GmOI Linz

Am Samstag, 21. Februar, zeigt uns Lichtbildwart Franz Kollitsch im Heimatabend den von ihm aufgenommenen Tonfilm über den letzten Sudetendeutschen Tag.

der GmOI und ihrer Freunde. —

Am Nachmittag des gleichen Tages findet um 15 Uhr im GmOIlokal die Hauptversammlung des Verbandes der Egerländer GmOI in Oesterreich statt.

Südmährer in Linz

Dr.-Karl-Bacher-Feier

Der Kulturausschuß der Stadt Steyr und die Bezirksgruppe der SLÖ in Steyr veranstalten gemeinsam eine Gedenkfeier zu Ehren unseres verstorbenen großen Heimatsohnes und Mundartdichters Karl Bacher am Samstag, 28. Februar 1959, um 20 Uhr in der Schloßkapelle in Steyr.

Bezirksgruppe Gmunden

Unser Heimatabend am 14. Februar im Hotel „Goldenes Schiff“ war ein voller Erfolg, den wir zum Großteil unserem lieben Gast aus Linz, Lm. Alfons Tschiedel mit Gattin, zu danken haben.

Bezirksgruppe Hörsching

Die Ortsgruppe Hörsching der SLÖ hielt am 15. Februar ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Herr Bürgermeister Jarosch beehrte die Versammlung auch mit seinem Besuch.

Sprengel Neue Heimat

Unsere diesjährige Hauptversammlung findet am Sonntag, 8. März, um 14.30 Uhr, im Siedlerüberl Irgeher, Franz-Pritz-Straße 10 statt.

Salzburg

Der Landesverband Salzburg der SLOe veranstaltet gemeinsam mit der Eghalanda GmOI z' Salzburg am Samstag, 28. Februar, um 20 Uhr, im Speisesaal des Hotel Pitter, seinen Heimatabend mit dem bekannten sudeten-

Werbeverkauf im Schuhhaus

NEUNER, Klagenfurt

Apreski Velour, schwarz und braun, warm gefüttert; mit Zipp, 36-45 S 98,- mit Sportverschnürung 36-45 S 108,-

deutschen Volkstumspfleger Franz Heidler (Falkenau a. d. Eger-Amberg) als Gastvortragenden „Vom Altvater bis zum Dreisesselberg“ (Sudetentland in Lied, Brauch und Gedicht).

Lm. Heidler, der in seiner 35jährigen Tätigkeit als Volkstumspfleger reiches Wissen gesammelt hat, wird ein farbenprächtiges Bild von Land und Leuten, Sitten und Bräuchen, Schaffen und Werken der ehemaligen Bewohner des Sudetenlandes entwerfen.

Steiermark

Delegiertenversammlung

Delegierte nahezu aller Bezirksstellen kamen am 7. Februar in Graz zu einer Delegiertenversammlung zusammen, um aus dem Munde des Landesobmannes Dr. Prexl Informationen über den Stand der Vermögensverhandlungen zu erfahren.

Sudetendeutscher Ball

Am 6. Februar hielt die Landsmannschaft im Spiegelsaal des Hotels Steirerhof ihren Ball ab, der sich eines ausgezeichneten Besuches erfreute und in glänzender Stimmung verlief.

Bezirksgruppe Bruck an der Mur

Am 8. Februar fand im Hotel Bahnhof in Bruck der Faschingsnachmittag der Bezirksgruppe unter dem Motto „In Rübezahls Reich“ statt. Nach den Begrüßungsworten des Obmanns Magister Paletter, führte der Zeremonienmeister Kahler (Kapfenberg) die Masken zur Polonaise.

SUDETENPOST

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Linz, Goethestraße 63. Für den Inhalt verantwortlich: Gustav Putz, Linz, Richard-Wagner-Straße 11.

Anzeigenannahme Linz: Direktor Bruno Knorr, Linz, Südtirolerstraße 16, Tel. 25 76 06.

Die „Sudetentpost“ erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis S 10,- im Vierteljahr, Einzelnummer S 1 70. Die Bezugsgebühr wird durch die Post eingehoben.

Redaktionsschluss für die Folge 5 am 2. März 1959.

REISEBÜRO HOHLA, Linz/Donau

Volksgartenstraße 21, Telefon 23 6 10

Fahrten in die Tschechoslowakei billiger!

- Prag-Budweis: 28.-30. 3., 16.-18. 5., 13.-14. 6., 20.-22. 7., 14.-16. 8., 5.-6. 9., 3.-4. 10., 31. 10.-1. 11., 25.-27. 12.
Fahrpreis, Visum, Verpflegung und Hotelunterkunft:
Budweis: 2 Tage S 250.-, 3 Tage S 395.-
Prag: 2 Tage S 320.-, 3 Tage S 460.-
Bei Fahrten mit Kleinbus S 30.- Aufzahlung